



Industrieforum

Corona-Pandemie. Und was kommt jetzt?

Industriepolitik

Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie –
Innovationen als Wettbewerbsfaktor

Industriekonjunktur aktuell

2019 knickt die Dynamik der Industrieproduktion ein

Bundessparte Industrie (BSI)

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von rund 4.000 Mitgliedsunternehmen, die schwerpunktmäßig der Industrie zuzuordnen sind. In der österreichischen Industrie sind rund 400.000 Personen beschäftigt.

Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliche Institut (IWI)

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

Industriellenvereinigung (IV)

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzwerdungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Telefon: 05 90 900-3460
Telefax: 05 90 900-113417
Internet: <http://wko.at/industrie>,
E-Mail: bsi@wko.at

Präsidium

Obmann Mag. Sigi Menz, Ottakringer Getränke AG
Stellvertreter Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH
Stellvertreter KommR DI Dr. Clemens Malina-
Altzinger, Reform-Werke Bauer & Co. Ges.m.b.H.
kooptiert: Günter Dörflinger, MBA Christof
Industries GmbH
kooptiert: MEP Dr. Paul Rübiger, Rübiger GmbH & Co KG

Geschäftsführer

Mag. Andreas Mörk

Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien
Telefon: 513 44 11-0
Telefax: 513 44 11-2099
Internet: <http://www.iwi.ac.at>,
E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,
Wirtschaftsuniversität Wien, Vorstandsvor-
sitzender des IWI
Mag. Markus BEYRER, Business Europe
Dr. Wolfgang DAMIANISCH, Kassier des IWI
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte Industrie
der Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Erhard FÜRST,

Gen.-Sekr. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI
Gen.-Sekr. Mag. Christoph NEUMAYER

Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvor-
sitzender des IW

Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,
Münze Österreich

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,
Industriewissenschaftliches Institut

Kuratorium

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH
Dir. Mag. Dr. Johannes Turner, OeNB

Geschäftsführer

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Wissenschaftlicher Leiter

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčik

Industriellenvereinigung

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich
Telefon: 43 1 71135 – 0
Internet: www.iv.at, www.facebook.com/industriellenvereinigung, www.twitter.com/iv_news

E-Mail: office@iv.at

Präsidium

Präsident Mag. Georg Kapsch, Kapsch AG
Vizepräsident Ing. Hubert Bertsch,
BERTSCH-Holding
Vizepräsident Dr. Axel Greiner, Greiner Gruppe
Vizepräsident KR Mag. Otmar Petschnig,
Fleischmann & Petschnig Dachdeckungs GmbH

Geschäftsführung

Generalsekretär Mag. Christoph Neumayer
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter Koren



editorial

Mag. Sigi Menz
Corona. Und danach.

forum

Corona-Pandemie: Und was kommt jetzt?
Corona trifft die Industrie hart

Interview:
Man könnte zeigen, dass die „Holding Europa“
nicht vollkommen für die Katz ist.
Robert Schmid
Schmid Industrieholding

politik

Round Table: Verändert COVID-19 die
Klimapolitik?

Saubere Industrie – Mit welchen Maßnahmen
und Strategien die heimischen Unternehmen
den Emissionsausstoß verringern

Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und
Lederindustrie
Innovationen als Wettbewerbsfaktor

konjunktur

Kommentar zur internationalen
Konjunkturentwicklung
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider **30**

2019 knickt die Dynamik der
Industrieproduktion ein
Mag. Andreas Mörk **32**

konjunktur nach branchen

Branchenübersicht **34**
Gesamtindustrie **35**
Bergwerke und Stahl **35**
Stein- und keramische Industrie **36**
Glasindustrie **36**
Chemische Industrie **37**
Papierindustrie **37**
PROPAK – Industrielle Hersteller von
Produkten aus Papier und Karton **38**
Bauindustrie **38**
Holzindustrie **39**
Lebensmittelindustrie **39**
Textil-, Bekleidungs-,
Schuh & Lederindustrie **40**
NE-Metallindustrie **40**
Metalltechnische Industrie **41**
Fahrzeugindustrie **41**
Elektro- und Elektronikindustrie **42**
Offenlegung, Impressum **42**

inhalt

Corona. Und danach.

In der gegenwärtigen Corona-Krise gibt es mehr Fragen als Antworten. Trotz enormer Unsicherheiten muss die Politik laufend weitreichende Entscheidungen treffen. Dabei sollte trotz aller akuten Probleme die Zukunftsfähigkeit des Landes mitberücksichtigt werden.

Autor: Mag. Sigi Menz

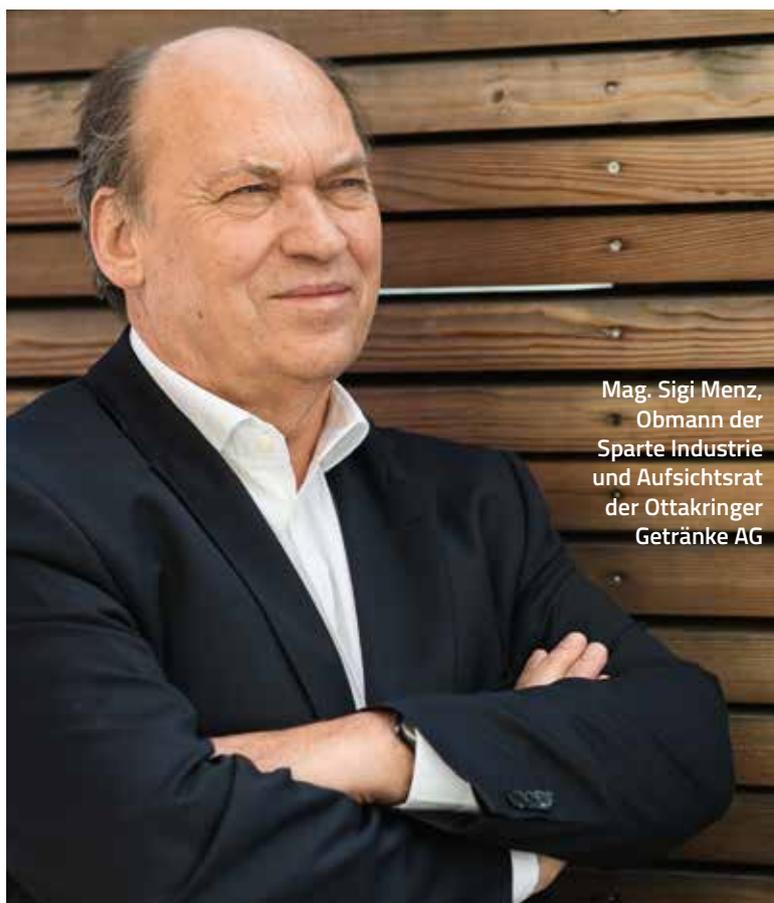
In diesen Tagen sind 24 Stunden bereits eine Ewigkeit, in der unverrückbare Dogmen der Vergangenheit schneller sinken als die Titanic und Fake News von gestern die neue Realität von heute sind. Was wird in drei Wochen – so lange dauert es, bis dieser Text über Redaktion, Produktion und Zustellung bei den Leserinnen und Lesern ankommt – noch Bestand haben? Diese Frage hilft, aus dem Hamsterrad des Nachrichtenzyklus auszusteigen und einige grundlegende Punkte festzuhalten.

Bürokratische Verwaltungen neigen auf Probleme mit Verboten und Geboten zu reagieren, Unternehmen reagieren mit Innovationen. Wir haben bereits gesehen, wie – unterstützt von der Wirtschaftskammer – innerhalb kurzer Zeit ganze Lieferketten identifiziert werden konnten, die mit der Herstellung von Schutzbekleidung mithelfen können, den drückenden Mangel in diesem Bereich zu beseitigen. Erfolge gibt es auch bei der Her-

stellung von Desinfektionsmitteln. Grundsätzlich gäbe es kein Problem, seitens der Industrie rasch einfach zu bedienende Beatmungsgeräte herzustellen, die den gegenwärtig befürchteten Engpass in diesem Bereich erheblich mildern könnten. Mit der Errichtung von zwei Krankenhäusern innerhalb von jeweils rund zehn Tagen hat China gezeigt, wie man Engpässe zügig beseitigen kann. Manchen erscheint diese rasche Reaktion nur im autoritären System Chinas möglich, ich halte die Kreativität, Kompetenz und Innovationskraft marktwirtschaftlicher Strukturen für zumindest ebenso leistungsfähig.

Der zunehmend martialische Ton bei der Virusbekämpfung mag zur Mobilisierung der Bevölkerung angemessen sein, sollte aber nicht das Denken der Entscheidungsträger erfassen: Denn zu leicht wird daraus eine Verengung der Perspektive, wodurch die Verhältnismäßigkeit von Handlungen gar nicht mehr bedacht wird. Sehr leicht kommt man dann in eine Logik, die von einem Offizier im Vietnamkrieg folgendermaßen formuliert wurde: „It became necessary to destroy the town to save it.“ Man rettet aber nichts, indem man es zerstört. Gerade im Eifer des Gefechts gegen den unsichtbaren Virus muss man sehr genau darauf achten, dass zentrale Strukturen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft nicht beschädigt werden. Wir haben den Kampf gegen das Virus verloren, wenn zwar die Pandemie bekämpft ist, aber dafür Grundrechte aufgegeben, die Spannungen zwischen den Generationen geschürt und die Wirtschaft – als Grundlage des Wohlstands – zerrüttet sind.

Wir alle neigen dazu, spektakuläre Maßnahmen höher einzuschätzen, als geduldige Kleinarbeit. Daher wohl die breite Zustimmung für Maßnahmen wie Zusperrungen der Schulen, der Universitäten, der Kirchen, der Behörden, der Geschäfte. Ich maße mir hier kein Urteil an, was davon in Österreich alter-



Mag. Sigi Menz,
Obmann der
Sparte Industrie
und Aufsichtsrat
der Ottakringer
Getränke AG

nativlos war. Wenn man auf die erfolgreichen Modelle in Ostasien blickt, dann erkennt man, dass dort die gesellschaftlich weit günstigeren Strategien des Erkennens, Testens und Isolierens sowie des besonderen Schutzes von Risikogruppen und der Ausbreitungshemmung durch Masken einen weit höheren Stellenwert hatten und haben, als die Schließung von (wirtschaftlichen) Einrichtungen, in denen ohnedies keine Risikogruppen zusammen treffen.

Erfreulich ist, dass die österreichische Regierung substantielle Beträge bereit gestellt hat, um die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise abzufedern. Insbesondere das Kurzarbeitsmodell ist gut und sinnvoll und kommt den praktischen Bedürfnissen der Wirtschaft, auch der Industrie, entgegen. Kurzarbeit ist nicht nur eine rasch umsetzbare Maßnahme, sondern auch zukunftsweisend: Dank der Kurzarbeit wird das bei Mitarbeitern vorhandene Know-how in den Unternehmen gehalten, kann rasch wieder genutzt werden und senkt auch Arbeitslosigkeit. Auch die Maßnahmen zur Absicherung der Unternehmensliquidität sind wichtig, für manche Unternehmen überlebenswichtig. Hier gibt es noch manchen praktischen Klärungsbedarf und insbesondere Rahmenbedingungen für entsprechende Liquiditätsabsicherung für Großunternehmen und Leitbetriebe, von deren Nachfrage bekanntlich tausende Klein- und Mittelbetriebe in Österreich abhängen.

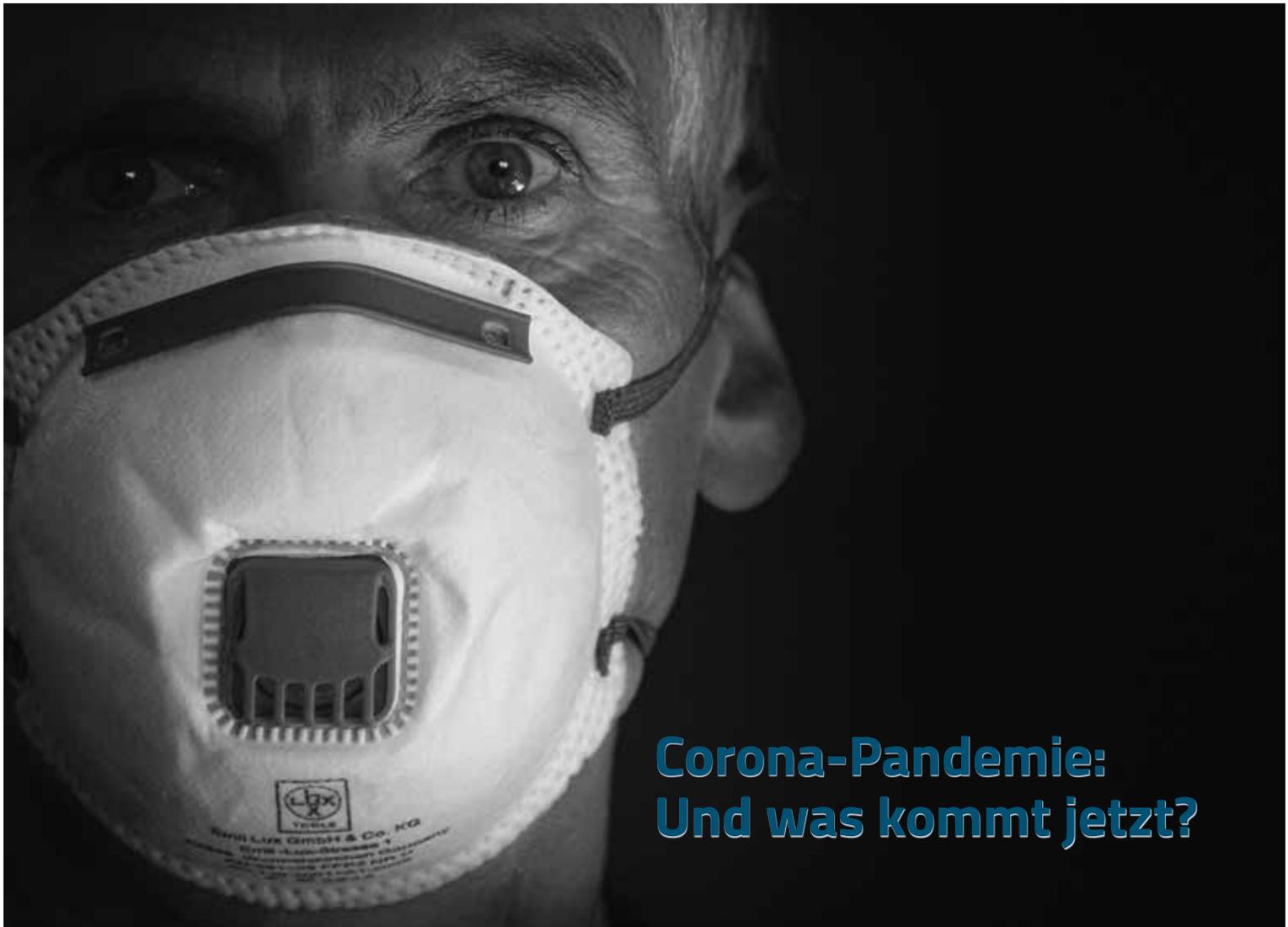
Ebenfalls erfreulich und besonders wichtig ist, dass die Politik die Arbeit in den Produktionsbetrieben nicht eingeschränkt und den Weg zur Arbeit von allen Ausgangsbeschränkungen grundsätzlich ausgenommen hat. Eine Schließung der Produktion wäre für Österreich – aufgrund der internationalen Verflechtungen aber auch darüber hinaus – wirtschaftlich eine Katastrophe, die angesichts der Tatsache, dass dieser Produktionsbereich keine Risikogruppen beinhaltet und Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Mitarbeiter von den Unternehmen implementiert werden, vollkommen unverhältnismäßig wäre. Die Aufregung über den angeblichen Mangel an WC-Papier zeigt deutlich, dass die Aufrechterhaltung von Produktion und

Die politischen Weichenstellungen in der Krise werden die Geschwindigkeit des nachfolgenden Aufschwungs und die internationale Konkurrenzposition für die nächste Dekade bestimmen.

Logistik schon aus Gründen der Beruhigung der Bevölkerung außerordentlich wichtig ist.

Eine ununterbrochene Aufrechterhaltung der Produktion und eine punktuelle Unterstützung, insbesondere durch Kurzarbeit und Liquiditätsabsicherung, sind gegenwartsbezogen essentiell. Wichtig ist aber immer auch der Blick in die Zukunft. Durch entsprechende Initiativen der Politik kann – wenn es denn rasch geschieht – eine Situation geschaffen werden, in denen Unternehmen besonderes Vertrauen in die Zukunft des Industriestandorts Österreich gewinnen. Zu diesen Initiativen sollte beispielsweise ein rascher Beschluss über die Senkung der Körperschaftsteuer zählen, aufgrund des politisch bereits erzielten Konsenses zwischen den Regierungsparteien sollte dies möglich sein. Zudem sollten Investitionen in die Digitalisierung vorgezogen werden – die verstärkte Nutzung des Homeoffice wird ein bleibender Effekt der Corona-Krise bleiben; auch dieser Schritt sollte politisch unumstritten sein, da mit jedem digitalen Homeoffice-Arbeitsplatz die Umweltbelastung durch Verkehr sinkt. Schließlich sollte mit Hochdruck an einer zukunftsweisenden (und finanziell entsprechend ausgestatteten) Forschungsstrategie gearbeitet werden, um Unternehmen rasch zu signalisieren, dass Österreich gerade auch für zukunftssträchtige und forschungsintensive Industriezweige ein bevorzugter Standort bleibt.

Ich bin überzeugt, dass die politischen Weichenstellungen in der Krise die Geschwindigkeit des nachfolgenden Aufschwungs und die internationale Konkurrenzposition für die nächste Dekade maßgeblich bestimmt. Diese Chance sollte Österreich nutzen. ■



Corona-Pandemie: Und was kommt jetzt?

Das Coronavirus trifft die Wirtschaft hart. Die Arbeitslosenzahlen steigen, ein Budgetminus ist fix. Die Wirtschaftsforscher sind sich leider einig: Eine Rezession ist nicht vermeidbar, die Arbeitslosigkeit wird steigen und die Staatsverschuldung auch. Doch wie schlimm wird es und was sind die Lehren aus der Krise?

Am 1. Dezember 2019 wurde im chinesischen Wuhan der erste Patient mit einer mysteriösen Lungenkrankheit registriert. Sechs Wochen später gibt es den ersten Fall im Ausland: Ein Besucher aus Wuhan wird dort positiv auf das Virus getestet. Am 26. Februar wird ein Anwalt im Wiener Spital Rudolfstiftung positiv auf das Virus SARS-CoV-2 getestet. Inzwischen hat sich das Coronavirus längst zu einer weltweiten Pandemie entwickelt. Staats- und Regierungschefs weltweit haben drastische Maßnahmen zur Eindämmung des Virus ergriffen, von Schulschließungen bis zur Ausgangssperre. Doch SARS-CoV-2 ist nicht nur eine Bedrohung für unsere Gesundheit, sondern auch für die globale Wirtschaft. Weltweit wird die Wirtschaft herunter-

gefahren und der Stillstand kostet Geld und treibt die Arbeitslosenzahlen nach oben. Der Corona-Crash der großen Volkswirtschaften ist anders als die Rezessionen der Vergangenheit: Diesmal reißen nicht Banken, Spekulanten oder überhitzte Immobilienmärkte Länder plötzlich in den Abgrund. Viele Industrienationen wie Deutschland haben ihre Motoren selbst abgestellt, aus freien Stücken, weil sie ein anderes Unglück verhindern wollen: Hunderttausende Tote, vielleicht Millionen.

Globale Wirtschaftskrise

Neben die Szenarien einer medizinischen Katastrophe sind inzwischen allerdings auch Berechnun-

gen der wirtschaftlichen Last getreten. Die USA melden sechs Millionen neue Arbeitslose in nur einer Woche. Die Folgen des Lockdowns sind so dramatisch, dass sie der Yale-Ökonom Robert Shiller als „zweite Pandemie“ bezeichnet, die sich zu verselbstständigenden drohe. Für Deutschland warnt das Münchner Ifo-Institut vor einem Schaden von bis zu 730 Milliarden Euro. Die Zahl der Kurzarbeiter könnte auf zwölf Millionen steigen. In Österreich haben wir mit über 560.000 Arbeitslosen die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg und noch haben wir noch nicht mal den Peak der Krise erreicht. Weltbank-Präsident David Malpass erwartet eine „große globale Rezession“ infolge der Coronavirus-Pandemie, die seiner Ansicht nach die ärmsten Länder am härtesten treffen werde. Deshalb beabsichtige die Weltbank, „energisch und massiv mit Hilfsprogrammen, insbesondere für arme Länder, zu reagieren“, sagte Malpass in einem Beitrag auf LinkedIn. Er plane, bald mit den Führern der voraussichtlich am stärksten betroffenen Länder wie beispielsweise Äthiopien und Kenia zu sprechen. Die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kristalina Georgieva, sieht die Weltwirtschaft bereits „jetzt in einer Rezession“. Diese sei „viel schlimmer als die globale Finanzkrise von 2008. Georgieva sprach in einer Videokonferenz mit Bezug auf die Coronavirus-Pandemie von der „dunkelsten Stunde der Menschheit“. Es sei „eine Krise wie keine andere.“

Milliarden-Kosten für Österreich

In Österreich sind in den vergangenen vier Wochen Milliarden in die Krisenbewältigung geflossen. In einem ersten Schritt hat die Bundesregierung durch verschiedenste Maßnahmen 38 Milliarden Euro zur Abfederung der Folgen locker gemacht und trotzdem frisst sich das Virus durch den heimischen Haushalt. Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) hat die aktuelle Betroffenheit der österreichischen Wirtschaft durch die COVID-19-Pandemie erst vor wenigen Tagen analysiert und kam zu dem Schluss: Während der fünf Wochen, in denen die Maßnahmen der Bundesregierung zu ihrer Eindämmung voll in Kraft sind, ist die heimische Wertschöpfung aufgrund der Maßnahmen sowie des Einbruchs von

Exporten und Investitionen um 29 Prozent gesunken, was elf Milliarden Euro oder 2,8 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Am stärksten betroffen sind die Branchen „Beherbergung und Gastronomie“, die Reisebranche, „Dienstleistungen Sport/Unterhaltung“ sowie eine Reihe von weiteren Dienstleistungsbranchen. Auch die OeNB kommt zu dem Schluss, dass die COVID-19-Pandemie sowie die Maßnahmen der Bundesregierung zu ihrer Eindämmung, massive Auswirkungen auf weite Bereiche der österreichischen Volkswirtschaft haben. Im Gegensatz zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2008, die vom Finanzsektor ausging und bei der die Realwirtschaft vor allem durch einen Nachfragerückgang getroffen wurde, sind aktuell sowohl die Nachfrage- als auch die Angebotsseite der Wirtschaft betroffen.

Wenige Insolvenzen in der Industrie

Im ersten Quartal 2020 waren laut KSV1870 auch die Insolvenzzahlen in Österreich noch erfreulich. Insgesamt gingen nur 1.151 Unternehmen in Österreich insolvent, was einen Rückgang von rund neun Prozent gegenüber dem ersten Quartal 2019 darstellt. Die Zahl der betroffenen Dienstnehmer

Anders als viele andere Branchen sind die Industriebetriebe in Österreich besser auf die Krise vorbereitet.
Hans-Georg Kantner, KSV1870



betrug 4.463 und lag damit um rund zwölf Prozent über dem Wert des Vergleichszeitraums 2019. Dr. Hans-Georg Kantner, Leiter Insolvenz Kredit-schutzverband von 1870: „Das Jahr 2020 wird aber zukünftig in einen Zeitraum vor Corona und einen danach eingeteilt werden. Dabei sind es vor allem die einschneidenden Maßnahmen, die mit etwa

„Jetzt zählt das Timing für die Pole-Position für die Post-Corona-Zeit“



Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider, Leiter des Industriewissenschaftlichen Institutes (IWI) über die Folgen der Corona-Krise, Maßnahmen der Bundesregierung und eine notwendige europäische Industriestrategie.

Welche Folgen wird Corona für die heimische Volkswirtschaft haben?

Die Auswirkungen werden massiv sein. Jeder in diesem Land wird den ökonomischen Schlag zu spüren

bekommen, oder hat das bereits schon. Es brauchte nur wenige Wochen Shutdown und die Arbeitslosigkeit war die höchste in der zweiten Republik.

Lässt sich in Zahlen sagen, was uns das ganze kosten wird?

In den letzten Wochen übertreffen sich die Wirtschaftsforschungsinstitute mit den Prognosen und versuchen zu quantifizieren, was uns diese Krise kosten wird. Die Wahrheit ist aber, dass die zugrundeliegenden makroökonomischen Modelle allesamt sich nicht dafür eignen, diese Krise zu beschreiben. Wir brauchen neue auf Echtzeitmessungen fußende Modelle, die den Vorteil der digitalen Datenwelt viel stärker nutzen. So wie die Ärzte derzeit oft im Dunkeln tappen, so geht es derzeit auch den Ökonomen. Eine solche Situation ist uns aus der Wirtschaftsgeschichte nicht bekannt und damit ist auch schwer abschätzbar, was nun passieren wird. Aber die jüngsten nationalen Schätzungen der OeNB und die internationalen Zahlen des IMF sind laut unseren Modellen auf jeden Fall die Untergrenze des Schadens.

Welche Branchen wird es treffen und wer wird von der Krise profitieren?

Die Tourismus- und Reisebranche sind mit Sicherheit die großen Verlierer, aber die Pandemie wird auch viele zum Teil vorgelagerte Branchen treffen, die man jetzt nicht unmittelbar auf dem Radar hat. Zum Beispiel hat die Lebensmittelindustrie zwar auf der einen Seite durch Hamsterkäufe profitiert, aber auf der anderen Seite ist das gesamte Gastronomie-Geschäft weggebrochen. In unseren Modellen hat jede einzelne Branche einen mittel- oder unmittelbaren Berührungspunkt zur Krise. Das Problem ist, die Corona-Krise verursacht einen ökonomischen Flächenbrand. Große Gewinner wird es also nicht geben.

Was muss die Bundesregierung nun tun, um die Wirtschaft nicht endgültig an die Wand zu fahren?

Es braucht jetzt ein gutes Timing, damit wir uns in die Pole Position für die Post-Corona-Zeit manövrieren. Zudem dürfen im aktuellen Krisenmanagement auch die großen Zukunftsthemen nicht aus den Augen verloren werden. Das ist natürlich nicht einfach, aber so können wir den Schaden zumindest für die Zukunft begrenzen.

Welche Schlüsse sollten wir nun aus Corona ziehen?

Was wir nun endlich nachholen müssen, ist eine akzentuierte europäische Industriestrategie, die nicht nur auf die Bedürfnisse der großen Mitgliedsstaaten der EU ausgerichtet ist. Das ist ein Versäumnis, das sich in den letzten Wochen wirklich gerächt hat. Corona hat uns deutlich vor Augen geführt, dass Gesundheit auf der einen Seite und Wohlstand auf der anderen nicht vom Himmel fallen. Jeder einzelne muss daran mitwirken, dass ein größeres Ziel erreicht werden kann. Diese Krise ist für den Einzelnen ebenso wie die Gesellschaft als Ganzes eine immense Herausforderung.

Mitte März in Kraft traten und Teile des Wirtschaftslebens vollkommen zum Erliegen brachten (Gastronomie, Non-Food-Handel, Tourismus) und andere andauernd erheblich in Mitleidenschaft ziehen. Dies geschieht in einem Ausmaß, der heute noch nicht einmal annähernd seriös überblickt werden kann.“ Dieser Einschnitt mit Mitte März hat innerhalb weniger Wochen seinen Niederschlag in der Insolvenzstatistik gefunden: waren die Zahlen der Gesamtinsolvenzen im Februar 2020 noch drei Prozent

über dem selben Monat des Vorjahres, so haben alleine zwei Wochen im März einen rund 50-prozentigen Einbruch erbracht, sowohl bei den Eröffnungen, als auch bei den mangels Vermögens nicht eröffneten Verfahren. Kantner: „Anders als viele andere Branchen sind aber die Industriebetriebe in Österreich besser auf die Krise vorbereitet. Sie haben nicht nur aus den Jahren 2008 bis 2011 gelernt und sich darauf vorbereitet. Sie haben in Technologie investiert und aufgrund der ausgezeichneten Kon-

junkturlage in den letzten Jahren auch große Reserven aufgebaut, auf die sie nun zurückgreifen können.“

Hoffnung auf eine V-Form

Derzeit kämpfen alle Experten damit, die Folgen der Krise einzuschätzen. Erst vor wenigen Wochen präsentierte Christoph Badelt, WIFO-Chef und Martin Kocher, Leiter des IHS eine erste Szenario-Analyse, aber auch sie schränkten ein, dass eine Einschätzung mit „hinreichender Sicherheit“ zum aktuellen Zeitpunkt faktisch unmöglich sei, denn die Rahmenbedingungen verändern sich täglich und damit auch die Basiszahlen jeder Berechnung. Beide Institute gehen in ihren Szenarien jedenfalls davon aus, dass die nach Ostern eingeleiteten Lockerungen bezüglich des öffentlichen Lebens und auch Wirtschaftens zu einer Normalisierung der Lage beitragen können. Die grundsätzlichen Zahlen: Die Wirtschaftsleistung wird laut IHS um 2,0 und laut WIFO im laufenden Jahr um 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) schrumpfen, eine „klare Rezession“, wie Kocher ergänzte. In ihren letzten Prognosen waren beide Institute noch von einem Plus von 1,3 bzw. 1,2 Prozent ausgegangen. Die Arbeitslosenzahl, die zuletzt außergewöhnlich stark gestiegen war, dürfte auf Jahressicht 8,4 Prozent betragen. Die Inflationsrate wird nach Einschätzung von WIFO und IHS niedriger als zuletzt angenommen ausfallen und bei 1,3 Prozent liegen. Das hat aber nicht direkt mit der Coronavirus-Krise zu tun. IHS-Chef Kocher äußerte die Hoffnung, dass die gegenwärtige Krise in einer V-Form verlaufe – steil nach unten, danach aber wieder steil nach oben. Ein schnelles „Comeback“ der Wirtschaft müsse gelingen, damit „Flurschäden“, Langzeitfolgen, verhindert werden. Sowohl Badelt als auch Kocher warnten vor übertriebenem Pessimismus, der in Wirklichkeit nur schade, der IHS-Leiter sprach von einer aktuellen Dynamik, „die einen gewissen Teufelskreis nach unten darstellt“, man dürfe sich nicht durch sich selbst erfüllende Prophezeiungen beeinflussen lassen. Der WIFO-Chef nannte Prognosen, die mit Zahlen jenseits der zehn, 15 Prozent minus spielten und seit Tagen kursierten, sinngemäß verantwortungslos. Beide Institute betonten aber auch: Stellten sich weitere wirtschaftliche

Probleme nach der Coronavirus-Krise ein, könne es deutlich tiefer nach unten gehen, als sie es aus aktueller Sicht prognostizierten.

Die Lehren aus der Krise

Dietmar Kotras, General Manager des Beratungs- und IT-Dienstleistungsunternehmens DXC Österreich: „Die Corona-Krise wird die Regionalisierung und Digitalisierung von Unternehmen und Verwaltung deutlich beschleunigen. Die Betriebe haben erkannt, dass sie ihre Lieferketten sichern müssen und krisenfesten Arbeitsmethoden etablieren müssen. Die vergangenen Wochen zeigten, dass dies mit den digitalen Technologien möglich ist. Diejenigen Organisationen, die bereits in den vergange-

Jetzt haben die meisten Unternehmen erkannt, dass es ohne Digitalisierung keine Zukunft mehr geben wird.

Dietmar Kotras, DXC Österreich



nen Jahren in flexible und einfach skalierbare Technologie investiert haben, konnten sich sehr schnell auf die Corona-Gegebenheiten einstellen.“ In der Automobilindustrie oder der Pharmaindustrie ist das schon ganz gut gelungen, aber viele heimische Unternehmen haben in den letzten Jahren noch zu schleppend aufgerüstet. Diese Entwicklung wird jetzt richtig Fahrt aufnehmen. Kotras: „In den vergangenen Wochen laufen bei uns die Telefone heiß, denn jetzt haben die meisten Unternehmen erkannt, dass es ohne Digitalisierung keine Zukunft mehr geben wird. Das Coronavirus wird uns noch die nächsten Jahre beschäftigen und Themen wie mobile Arbeitswelten, Cloud-Lösungen oder Data Analytics werden ab sofort zum Alltag gehören.“ ■

Autor: Stephan Scoppetta

Keine Zeit für Sozialismus-Träumereien



Dr. Axel Greiner, Präsident der IV Oberösterreich über die Folgen der Corona-Krise, globale Wertschöpfungsketten und den jetzt notwendigen Schulterchluss in Österreich.

Der Shutdown der Bundesregierung war nach heutiger Kenntnislage der richtige Schritt, um die Ausbreitung des Coronavirus rasch und konsequent einzudämmen. Die Strategie hat allerdings in der Wirtschaft enorme Schäden

verursacht. Die Arbeitslosenzahlen sind in kürzester Zeit so rasch wie nie angestiegen, die Kosten zur Abfederung der Auswirkungen werden die Staatsschulden drastisch erhöhen und damit den Steuerzahler über viele Jahre zusätzlich belasten. Eine Lockerung der Maßnahmen ist die richtige Antwort, damit die Krise nicht die sozialen, gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme weiter verschärft. In dieser zweiten Phase der Krise kommt es entscheidend darauf an, dass die Bevölkerung mit höchster Disziplin und hoher Eigenverantwortung das notwendige Social Distancing konsequent lebt – im privaten wie auch im beruflichen Bereich. Wir stehen erst am Beginn, die eingeschlagenen Maßnahmen umzukehren. Auch eine neue Normalität ist noch in weiter Ferne und steht auf wackeligen Beinen.

Heimische Industrie als Sicherheitsnetz

Die heimische Industrie hat – soweit es Auftragslage, Vertriebsmöglichkeiten und Lieferketten zugelassen haben – unter Umsetzung aller möglichen Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen weiter produziert und damit nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Waren und Dienstleistun-

gen gewährleistet, sondern auch Arbeitsplätze erhalten und Steuereinnahmen für den Finanzminister ermöglicht. Gerade in der Industrie ist es so gut wie in keinem anderen Sektor möglich, das Risiko der Ansteckung durch entsprechende Maßnahmen zu minimieren.

Stufenweises Comeback

Dieses dringend notwendige multidimensionale Reagieren auf die Corona-Krise ist der richtige Weg, um auch ein stufenweises wirtschaftliches Comeback zu ermöglichen. Es ist noch zu früh, um die Corona-Krise in ihren Auswirkungen zu bewerten. Die Krise verdeutlicht aber schon jetzt sehr klar, dass unser Wohlstand auf einer global funktionierenden Marktwirtschaft beruht. Ein Überdenken von Wertschöpfungsketten und internationaler Verkehrsströme sowie das Erkennen der Möglichkeiten der Digitalisierung und der Bedeutung einer nachhaltigen Finanzpolitik sind erste zentrale Schlüsse aus den Folgen der Corona-Krise. Langfristig gelöst werden kann die wirtschaftliche Krise nur durch unternehmerische Initiativen gemeinsam mit den Mitarbeitern, nicht jedoch durch Sozialismus-Träumereien, wie bspw. Re-Verstaatlichungen, bedingungslose Grundeinkommen oder neue Reichen-Steuern, die mehr denn je abzulehnen sind und nur zu einer gesellschaftlichen Spaltung führen würden.

Schulterschluss notwendig

Durch die Corona-Krise haben viele Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verloren und sind viele Unternehmer mit ihren Betrieben in prekäre Situationen geschlittert. In Summe ist betriebliches Kapital in Milliardenhöhe vernichtet worden. Unsere Gesellschaft braucht auch in Zukunft zur wirtschaftlichen Bewältigung der Krise einen entsprechenden Zusammenhalt und einen Schulterschluss, wie er auch bei den gesundheitlichen Maßnahmen bewiesen wurde.



„Man könnte zeigen, dass die „Holding Europa“ nicht vollkommen für die Katze ist.“

Robert Schmid, Geschäftsführer des Baustoffimperiums Schmid Industrieholding, über die wirtschaftlichen Folgen von Corona-Krise auf die Bauwirtschaft, das Krisenmanagement der neuen Bundesregierung und eine Ökologisierung des Steuersystems.

Die Corona-Krise hat unseren gesamten Globus fest im Griff. Welche Folgen wird diese Krise auf den Standort Österreich haben?

Robert Schmid: Ziemlich sicher wird sich einiges nach Corona verändern. Ich persönlich bin Optimist und glaube, dass dies eine gute Veränderung sein

wird und sich unsere Lebensqualität erhöhen wird. Was konkret, das werden wir nach der Krise sehen!

Vor zwei Monaten waren wir auf einem guten Weg. Jetzt stehen wir fast wieder bei Null. Ökonomen prognostizieren bereits eine Rezession. Wird das nicht auch die Bauwirtschaft und die Immobilienbranche treffen?

Natürlich wird Corona die Bau- und Immobilienwirtschaft treffen. Sei es, dass Finanzierungen schwerer aufzustellen sind; sei es, dass Arbeitskräfte nachhaltig fehlen oder sei es, dass Unordnung in das Projektmanagement und den Zeitablauf von Immobilienprojekten kommt. Eines ist jedoch klar, der Bedarf nach Wohnraum in Europa ist weiterhin hoch. Und somit muss früher oder später auch weitergebaut werden.

Was muss aus Ihrer Sicht nun passieren, um die Wirtschaft schnellstmöglich wieder auf Kurs zu bringen?

Sollten wir vor dem Sommer Corona beenden können, spricht nichts dagegen, dass bis Jahresende vernünftige Vorschläge zur Ökologisierung des Steuersystems erarbeitet werden.

Die Einsicht, dass Industrie und produzierendes Gewerbe unsere wirtschaftliche Lebensader sind, muss außer Frage gestellt werden. Es soll weder sein, dass plötzlich alle produzierenden Betriebe zusperrten müssen, es kann aber natürlich auch nicht sein, dass man hemmungslos weiterproduziert. Hier sind Vorgaben mit Augenmaß notwendig, um die Gesundheit der Menschen zu gewährleisten. Ich glaube jedoch, dass in den österreichischen Unternehmen genug Vernunft steckt, um dies auch alleine meistern zu können.

Reichen hier österreichische Lösungen aus oder ist

gerade in dieser Situation nicht auch Europa gefragt?

Gesundheit ist wie immer Landessache, jedoch ist es sicher vernünftig, wenn sich Europa früher oder später einmischt und die europäische Lage zu koordinieren beginnt. Eine Chance für Europa wäre es jedenfalls. Man könnte zeigen, dass die „Holding Europa“ nicht vollkommen für die Katze ist.

Glauben Sie, dass das im Grunde noch sehr neue Regierungsteam das schaffen wird?

Das Regierungsteam bewältigt die Aufgabe großartig. Diese Situation kann nur zentral gelöst werden. Ich hoffe aber, dass besonders die Kommunikation zentral bleibt.

Vor der Krise wurde noch sehr viel über eine Ökologisierung der Steuerreform gesprochen. Der Plan war, diese bis Ende des Jahres vorzustellen. Denken Sie, dass das angesichts der aktuellen Lage noch realistisch ist?

Sollten wir vor dem Sommer Corona beenden können, so spricht nichts dagegen, dass bis Jahresende vernünftige Vorschläge zur Ökologisierung unseres Steuersystems erarbeitet werden.

Wie stehen Sie zu einer Ökologisierung der Steuer. Wäre das in Zukunft ein gangbarer Weg gerade für die zum Beispiel energie- und emissionsintensive Industrie wie die Baustoffindustrie?

Sehen wir hier von der aktuellen Lage einmal ab, dann müssen wir auch für dieses Thema in Zukunft Lösungen finden. Wir sind keine Realitätsverweigerer. Wir wissen ja, dass wir von und in unserer Umwelt leben, und dass diese entsprechend geschont, geschützt und nachhaltig bewirtschaftet werden muss. Dass sich das Klima ändert, spüren wir bereits, aber welche Auswirkungen das letztendlich haben wird, wissen wir heute noch nicht. Sicher ist aber, dass die Ressourcen unseres Planeten begrenzt sind und wir daher mit diesen sorgsam umgehen müssen, damit auch die uns nachfolgenden Generationen noch etwas davon haben.



Im saubersten Baustoffwerk in Wopfing werden Zement, Kalk, Trockenputze, Estriche und Fassadenputze produziert.

Fürchten Sie in den nächsten Jahren nicht, dass gerade unter dem Einfluss der Grünen, hier ein sehr straffer Weg eingeschlagen wird, der unserer Wirtschaft schaden wird?

Derzeit kann man über die aktuelle Regierungskonstellation nur froh sein. Neben einem ausgezeichneten Krisenmanagement beweist Grün-Türkis doch eine hohe Bereitschaft auf die Probleme und Befindlichkeiten der unterschiedlichsten Interessengruppen einzugehen. Diese Regierungskonstellation gewährleistet eine optimale Balance zwischen dem was die Menschen, die Wirtschaft sowie unsere Umwelt braucht. Ich glaube, dass die Ansätze, die die neue Regierung hat, auch für die heimische Industrie sehr spannend werden können.

Hat man von Seiten der aktuellen Regierung mit der Industrie bezüglich Ökologisierung des Steuersystems bereits das Gespräch gesucht?

Das ist ein laufender Prozess und wir sind in einem steten Dialog mit Politikern und Behördenvertretern. Die jeweiligen Positionen der einzelnen Stakeholder sind bekannt und auch bei den Zielen sind wir uns schon lange einig. Nun geht es darum, realitätsnahe und vernünftige Schritte zu setzen, um diese gemeinsam gesteckten Ziele in den nächsten Jahren zu erreichen.

Wäre die immer wieder genannte CO₂-Steuer für Sie ein Problem?

Wenn sie strategisch vernünftig umgesetzt wird, dann nicht. Zum Beispiel wissen wir aus unterschiedlichen Studien, dass Industrieprodukte, die in Österreich produziert werden im Schnitt eine Tonne CO₂ pro produzierter Einheit emittieren. In Entwicklungsländern Asiens oder auch Afrikas beträgt die CO₂-Emission mit 1,9 Tonnen pro Einheit knapp das Doppelte. Wenn man also Stahl oder Zement haben möchte, ist es für die Umwelt besser, wenn diese Produkte in Österreich produziert werden. Übrigens offenbarte sich in der Corona-Krise noch ein weiterer wichtiger Aspekt: Abhängigkeiten in den Lieferketten bei strategisch wichtigen Gütern birgt auch große Risiken, wie wir gerade bei Medikamenten oder Schutzmasken erleben.

Das bedeutet aber auch, dass der im Ausland produzierte Stahl oder Zement, wenn er importiert wird, entsprechend der CO₂-Emissionen besteuert werden muss, um hier Fairness im Handel herstellen zu können?

Natürlich, nur so ist auch eine Wettbewerbsgleichheit hergestellt und auch die heimische Industrie braucht sich hier vor dem ausländischen Mitbewerbern nicht zu fürchten, denn in Öster-



Robert Schmid, Geschäftsführer der Schmid Industrieholding, sieht in der Baubranche einen Trend Richtung Kreislaufwirtschaft.

reich wird auf einem ökologisch sehr hohem Standard produziert.

Bedeutet eine ökologische Besteuerung, dass sich die heimische Produktion weiter verteuern wird?

Ziel ist eine neutrale Ökologisierung des Steuersystems. Es sollen also nicht nur neue Steuern hinzukommen, sondern auch Belastungen gestrichen werden. Wichtig wären insbesondere Maßnahmen, die den Faktor Arbeit weiter entlasten. Es kann langfristig nicht funktionieren, dass nach jeder Lohnverhandlung im Grunde nur der Fiskus der große Gewinner ist, aber die Arbeitgeber wei-

ter belastet werden und die Arbeitnehmer nur ein paar Euro mehr am Konto haben.

Ist eine Ökologisierung der heimischen Industrie nicht auch eine Chance?

Es ist eine riesige Chance. Zum Beispiel produzieren wir in unserer Industrie heute Zement ganz anders als noch vor 20 oder 30 Jahren. Damals waren Themen wie Ersatzrohstoffe, Ersatzbrennstoffe und Emissionen überhaupt nicht relevant. Das hat sich grundlegend geändert und durch zahlreiche neue Technologien, konnten unglaubliche Fortschritte in Bezug auf den Umweltschutz erzielt werden. Das reicht von den Rohstoffen über die Verarbeitung bis hin zu den Filteranlagen in den Schornsteinen.

Österreich hat bis 2030 Emissionszertifikate in Höhe von 6,6 Milliarden Euro zugekauft, um die EU-Erfordernisse erfüllen zu können. Wäre es nicht besser, dieses Geld gleich in Maßnahmen zu investieren, dass wir die CO₂-Ziele erreichen?

Auf jeden Fall wäre es sinnvoller dieses Geld in die Bereiche Verkehr und Gebäudesanierung zu investieren. Im Bereich der Mobilität wurde bereits einiges bewegt, doch hier gilt es noch einige Herausforderungen zu meistern. Aber bei den Gebäuden wurde die thermische Optimierung in den letzten Jahren völlig vernachlässigt. Gab es 2009 zum Beispiel einen Sanierungsscheck für Dämmung, um den Arbeitsmarkt anzukurbeln und die Umwelt zu entlasten, so wären solche Aktionen auch heute wieder interessante Konzepte.

Was machte diese Aktionen so erfolgreich?

Heute wird gerne über Strafsteuern diskutiert, dabei sollte man viel mehr mit Anreizen arbeiten. Die Möglichkeiten sind hier sehr mannigfaltig: Das reicht von Investitionsfreibeträgen bis hin zu direkten Förderungen. Wichtig ist, dass einfache und leicht verständliche Instrumente zum Einsatz kommen. Aber es müssen nicht mal große Summen im Spiel sein, sondern man muss den Unternehmen und Bürgern einfach das Gefühl geben, dass sie einen wichtigen Beitrag für unsere Ge-

sellschaft leisten. Wird mit Strafen gearbeitet, formiert sich immer gleich Widerstand.

Welche Industrien können in Österreich vom Umwelt- und Klimaschutz in Zukunft profitieren?

Der Trend geht eindeutig in Richtung Kreislaufwirtschaft. Alle, die die Möglichkeit finden, ihr Produkt über Wiederverwendung und Recycling einer langen oder vielleicht sogar ewigen Nutzung zuzuführen, die werden überleben. Diejenigen, die das nicht machen, werden Probleme bekommen. Wer sich heute nicht mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt hat keine Zukunft.

Gibt es im Bereich des Baustoffhandels wirklich so viele Möglichkeiten für Recycling und Nachhaltigkeit?

Der Vorteil mineralischer Baustoffe besteht darin, dass diese nicht verrotten. Baustoffe werden traditionell recycelt, weil sie sehr wertvoll sind. Die Baustoffe vieler römischer Bauten, wurden später zum Beispiel für den Bau der Wiener Stadtmauer eingesetzt. Als man die Stadtmauer in Wien nicht mehr brauchte, wurden viele Baustoffe beim Bau vieler Ringstraßengebäude wiederverwertet. In der Innenstadt von Wien finden wir Baustoffe die zum Teil schon über Jahrtausende eingesetzt werden. Dieser Traditionen müssen wir uns wieder mehr besinnen.

Die Bauwirtschaft hat in den letzten Jahren einen extremen Boom hingelegt, und ist extrem gewachsen. Glauben Sie, dass das so weitergehen kann oder werden wir da bald wieder einen Knick sehen?

Vor Corona hätte ich ein steiles Wachstum auch für die nächsten Jahre gesehen, aber natürlich hat sich die Situation in den vergangenen Wochen massiv verändert. Welche Folgen das letztendlich für die Bauwirtschaft haben wird, bleibt abzuwarten. Aber der Bedarf an Wohnungen in Österreich aber auch in Deutschland ist noch lange nicht gedeckt, also gehe ich jetzt einmal davon aus, dass wir auch in den nächsten Jahren in der Bauwirtschaft noch ausreichend Arbeit haben werden. Nachdem wir uns in den vergangenen Jahren sehr

auf den Neubau konzentriert haben, kam die Sanierung zu kurz. Hier gibt es jetzt einen großen Nachholbedarf. Dieser ist sehr personalintensiv und wird viele neue Arbeitsplätze schaffen, was angesichts der aktuellen Lage sicher kein Nachteil ist.

Welche Marktrisiken sehen Sie?

Schon vor der Corona-Krise war augenscheinlich, dass wir uns zu sehr von globalen Lieferketten abhängig machen. In Europa haben wir zu viele Industrien in Billiglohnländer wie China oder Indien ausgelagert. Heute sehen wir, dass es ein Fehler war, dass beispielsweise Medikamente nur noch in China oder Indien produziert werden, aber kaum noch in Österreich. Zum Beispiel beträgt die gesamteuropäische Stahlproduktion nur noch knapp zehn Prozent des Weltmarktes. In Österreich gibt es das führende Unternehmen für Spezialvliese für Schutzanzüge, aber genäht werden

In Europa haben wir zu viele Industrien in Billiglohnländer wie China oder Indien ausgelagert. Heute sehen wir, dass es ein Fehler war.

diese in China. Heute fehlen in unseren Krankenhäusern nun die Schutzanzüge.

Was muss nun passieren, damit mal solche Probleme nicht mehr hat?

Wir haben es in der Vergangenheit verabsäumt strategisch wichtige Industrien zu definieren, die wir in Österreich beziehungsweise in Europa haben wollen, um unsere Unabhängigkeit zu bewahren. Im Bereich Landwirtschaft und Ernährung hat das gut funktioniert, aber wir müssen hier deutlich weiter denken. Ich glaube Corona war hier ein Weckruf und ich bin davon überzeugt, dass wir hier jetzt sehr viel Arbeit vor uns haben. ■

Interview: Stephan Scoppetta



Verändert COVID-19 die Klimapolitik?

Trotz Corona-Pandemie bleibt das Ziel der Klimaneutralität auf der politischen Agenda. Nach Abschluss des gemeinsamen Projektes von Bundessparte Industrie und Industriellenvereinigung mit der Österreichischen Energieagentur (AEA) und dem AIT Austrian Institute of Technology zu Fragen der Dekarbonisierung der Industrie hat sich aber doch der Blickwinkel auf einige Themen verschoben.

INDUSTRIE AKTUELL lud zum „virtuellen“ Roundtable.

Oliver Dworak *Es besteht breiter Konsens, dass wir die Treibhausgaskonzentration der Atmosphäre verringern müssen, um langfristig negative Veränderungen zu begrenzen. Wirksamer Klimaschutz verlangt ein engagiertes und optimiertes Vorgehen. Es gilt, realistische Meilensteine zu setzen, die Weichen für die Transformation zu stellen und das Hochfahren der Industrie bestmöglich zu unterstützen. Was bedeuten also die aktuellen Entwicklungen für die Klima- und Energieziele Österreichs und der EU?*

Jürgen Schneider Wirksamer Klimaschutz besteht darin, den Ausstoß von Treibhausgasen so rasch wie möglich zu unterbinden. Wichtigste Maßnahme dabei ist ein schneller Ausstieg aus fossilen Energieträgern durch den Umbau des Energie- und Mobilitätssystems. Andernfalls ist davon auszugehen, dass nach Ende der Corona-Krise die Emissionen wieder steigen. Die aktuelle Situation zeigt aber auch, dass sehr weitgehende Maßnahmen auf hohe Akzeptanz stoßen, wenn diese wissenschaftlich hinterlegt sind und der Bevölkerung schlüssig erklärt wird, warum sie notwendig sind.

Herbert Lechner Wie das Beispiel der Finanzkrise 2008 zeigt, ist die Reduktion von Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen in Folge geringerer Wirtschaftsleistung nur ein temporärer Effekt, der die Klimakrise nicht lösen wird. Krisenzeiten sind auch Zeiten für Veränderungen: Wir haben jetzt die

Chance, die Abhängigkeit unseres Energiesystems von Öl, Kohle und Erdgas zu überwinden. Die Anleitung ist der Green Deal, der als Konjunkturprogramm aktueller ist als zuvor.

Wolfgang Hribernik Im Zuge der wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 ist es notwendig, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und österreichischen Wirtschaft wiederherzustellen. Diese Maßnahmen, wie z. B. Investitionen aus dem öffentlichen Sektor, sind synergetisch mit klimarelevanten Maßnahmen zu setzen und die daraus entstehenden Chancen zu nutzen.

Dieter Drexel Auch wenn aktuell der Energieverbrauch deutlich reduziert ist und durch eine drohende Rezession auch mittelfristig gedämpft bleibt, kann kaum von einer dauerhaften Reduktion des Energiebedarfs ausgegangen werden. Nur für den Fall, dass ganze Wertschöpfungsketten in der EU verloren gehen, würde dies die Erreichung der Klima- und Energieziele erleichtern. Allerdings würden sich die Emissionen nur verlagern – für das Klima wäre nichts gewonnen.

Dworak *Der Klimawandel wurde durch die Corona-Krise weitgehend aus der öffentlichen Diskussion verdrängt, dennoch hält die EU am Green Deal und dem Ziel der Treibhausgasneutralität fest. Hebt COVID-19 nicht alle Zeitpläne und Strategieprozesse*

aus den Angeln? Wo sehen Sie die Prioritäten für die politische Agenda?

Schneider Die Dominanz des Coronavirus ändert nichts am wissenschaftlich unumstrittenen Befund, dass auch die Klimakrise eine Gefährdung von Wohlstand, Frieden und Fortschritt ist. Ich wünsche mir auch hier ein ähnlich beherztes Vorgehen auf Basis eines breiten Konsens, denn auch die Klimakrise kann nicht ausgesessen werden. Einschneidende Reaktionen zur Umsetzung der Klimaneutralität sind unerlässlich und sollten zur Wahrung von Lebensqualität und Wohlstand oberste politische Priorität haben. So wird es notwendig sein, die erforderlichen konjunkturellen Impulse verpflichtend an klima- und energiepolitischen Zielen auszurichten.

Hribernik Innovationen bei Energietechnologien und in der Rohstoff- und Materialeffizienz inklusive Kreislaufwirtschaft bilden die Basis zur Transformation in Richtung Klimaneutralität. Die Forschung ermöglicht die Lösung von technologischen und systemischen Fragen im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung. Sie bildet auch die Basis für neue Absatzchancen für Technologien „Made in Austria“.

Drexel Dass die langfristige Klimaneutralität außer Streit steht, gilt auch in Zeiten von COVID-19. Dass allerdings in diesen Wochen und Monaten unverändert an Fahrplänen für Teilstrategien festgehalten wird, wird der Tragweite der aktuellen Lage kaum gerecht. So wird das Impact Assessment zur Erhöhung der 2030 Ziele vor dem Hintergrund der derzeit nicht absehbaren wirtschaftlichen Verwerfungen kaum belastbar sein.

Wertschöpfungsketten im Standortwettbewerb

Dworak Die Industrie ist Treiber von Wertschöpfung und Innovation. Sie ist Partner der Politik bei regulatorischen Weichenstellungen, die die Unternehmen bei ihren Bemühungen in Richtung Treibhausgasneutralität unterstützen. Ziel ist eine engagierte Klimapolitik, die auf globaler Ebene ansetzt und unsere Unternehmen im internationalen Standortwettbewerb nicht benachteiligt. In den Wertschöpfungsketten der energieintensiven Industrie fallen klima- und ener-

gierelevante Kosten besonders stark ins Gewicht. Denken Sie, dass hier Carbon Border Adjustments eine Option zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit sind.

Schneider Es ist erklärtes Ziel der Klima- und Energiepolitik, den industriellen Standort zu stärken und Vorreiter bei der Transformation zu einer klimaneutralen Produktion zu sein. Dies braucht aber auch entsprechende Rahmenbedingungen, wie etwa Schritte zu Kostenwahrheit mit CO₂-Preisen, die externe Effekte internalisieren, aber auch einen wirksamen Schutz vor Carbon Leakage. Wir begrüßen daher sehr, dass die EU-Kommission Analysen auch zu Grenzausgleichsmaßnahmen durchführt; wir sind gespannt auf die Ergebnisse und werden diese mit den relevanten Stakeholdern analysieren.

Lechner Carbon Border Adjustments sind eine für das Funktionieren des Green Deal notwendige Maßnahme zum Schutz der europäischen Industrie. Ein sowohl WTO-konformer als auch praktikabler Ansatz scheint darin zu bestehen, diesen Grenzausgleich in Form einer europäischen CO₂-Steuer, die sich aus dem EU-Emissionshandel ableitet, vorzunehmen. Exporte aus der EU wären ausgenommen.

Drexel Grundsätzlich können Carbon Border Adjustments (CBAs) ein Element auf dem Weg zu einem globalen Level Playing Field sein, indem europäische Klima-Standards zur Voraussetzung für Importe in den EU-Markt würden. Allerdings sind ,

Teilnehmer des Roundtable

- **DI Dieter Drexel** (Stv. Bereichsleiter Infrastruktur, Transport, Ressourcen, Energie, Industriellenvereinigung)
- **DI Oliver Dworak** (Senior Policy Advisor Energie- und Klimapolitik, Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich)
- **DI Dr. Wolfgang Hribernik** (Head of Center for Energy, AIT Austrian Institute of Technology, Verbundkoordinator NEFI)
- **Prof. Mag. Herbert Lechner** (Stv. Geschäftsführer und Wissenschaftlicher Leiter der Österreichischen Energieagentur – AEA)
- **Dr. Jürgen Schneider** (Leiter der Sektion VII / Klima- und Umweltschutz, Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie)



DI Dieter Drexel



DI Oliver Dworak



DI Dr. Wolfgang Hribernik



Prof. Mag. Herbert Lechner



Dr. Jürgen Schneider

jüngste Signale der EU-Kommission irritierend, die in der Diskussion um CBAs einen engen Zusammenhang mit den Carbon Leakage Regelungen für ETS Unternehmen herstellen, die aus Sicht der EU-Kommission mit CBAs nicht mehr notwendig sein könnten. Dies verkennt völlig, dass CBAs keine Lösung bieten für Exporte europäischer Unternehmen. Zudem werden CBAs aufgrund ihrer Komplexität erst ein Instrument des nächsten Jahrzehnts sein.

Dworak *Versorgungssicherheit mit Rohstoffen und Energie zu kompetitiven Preisen ist ein zentrales Erfolgskriterium für die Industrie. Unser Policy Paper weist auf den sehr hohen Bedarf an erneuerbarem Strom zur Elektrifizierung und Dekarbonisierung von Industrieprozessen hin, der in der Zusammenschau mit den anderen Sektoren die heute bekannten Ökostrom-Potenziale deutlich übersteigt. Die Differenz zwischen dem geschätzten Aufkommen und dem vermuteten Gesamtbedarf Österreichs beträgt in den Szenarien etwa die Menge des derzeitigen nationalen Stromverbrauchs! Wie kann dieses Problem nachhaltig gelöst werden?*

Schneider Die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft bedeutet nicht, lediglich fossile durch erneuerbare Energie zu ersetzen. Der Energieverbrauch muss insgesamt abnehmen, ohne Verlust von Wohlstand und Lebensqualität. Dafür braucht es mehrere Initiativen. Erstens müssen wir Energie wesentlich effizienter einsetzen als bisher. Hier soll das neue Energieeffizienzgesetz seinen Beitrag leisten. Zweitens sollte im Bereich der Produktion die Umstellung zu einer echten Kreislaufwirtschaft deutliche Einsparungen im Material- und Energieverbrauch bringen. Drittens muss die Produktion von erneuerbarem Strom deutlich ausgeweitet werden – dafür brauchen wir ein kraftvolles Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz.

Lechner Erneuerbarer Strom und grüner Wasserstoff sind essentiell für die Dekarbonisierung energieintensiver Prozesse. Zusätzlich zu dem im aktuellen Regierungsprogramm geplanten Ökostromausbau von 27 TWh werden beträchtliche zusätzliche Kapazitäten – sowohl in der Erzeugung als auch im Transport – erforderlich sein. Sehr oft

ist die mangelnde Akzeptanz für derartige Projekte die größte Hürde. Die Beteiligung der Öffentlichkeit im Planungs- und Genehmigungsprozess ist daher notwendig. Wir brauchen deshalb, wie bei allen Infrastrukturprojekten, zusätzliche Partizipationsmöglichkeiten. Auch die ebenfalls im Regierungsprogramm genannten Energiegemeinschaften können eine Rolle bei der Überwindung dieses „Not in my Backyard“-Denkens spielen.

Hribernik Die Versorgung aller Sektoren mit Strom kann man nicht isoliert betrachten. Es braucht eine technologieorientierte übergreifende Analyse der Sektoren Haushalt, Industrie, Landwirtschaft und Verkehr, die neben der Entwicklung der jeweiligen Energiebedarfe und deren Aufbringung, auch die energetische und stoffliche Verkopplung der Sektoren berücksichtigt. Erst anhand dieser Analyse können wir entscheiden, welche Bedarfe wir mit erneuerbarem Strom aus Österreich abdecken können und wie viel wir durch andere erneuerbare oder dekarbonisierte Energieträger wie Biomasse oder grünem Gas abdecken müssen. In Summe ist davon auszugehen, dass Österreich auch in einer vollständig dekarbonisierten Energiezukunft Nettoimporteur von Primärenergie bleiben wird.

Drexel Tatsächlich ist der im Policy Paper ausgewiesene Bedarf an erneuerbarem Strom 2050 gewaltig. Es ist das Verdienst der Autoren von AEA und AIT, erstmals die Dimension der Herausforderung veranschaulicht zu haben. Die Schlussfolgerung daraus kann nur eine auch zukünftig globale, jedenfalls aber gesamteuropäische Energieperspektive sein. Die Vorstellung, diese enormen Mengen erneuerbarer Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen auf lange Sicht ausschließlich in Österreich bereitstellen zu können und damit eine Energieautarkie zu realisieren, ist wenig plausibel.

Zukunftstechnologien zur Klimaneutralität

Dworak *Grüne Gase im allgemeinen und insbesondere Wasserstoff weisen hohes Potenzial auf, einzelne Industriebranchen in der Transformation ihrer Prozesse zur Low-Carbon-Economy zu unterstützen. Welchen Stellenwert messen Sie diesen Energieformen bei?*

Schneider Grüner Wasserstoff wird in einem zukünftigen, dekarbonisierten Energiesystem eine große Rolle spielen, vor allem in der Industrie, aber auch im Mobilitätsbereich – dort, wo wir Speicher mit hoher Energiedichte benötigen. Dafür braucht es eine entsprechende Infrastruktur und ausreichende grüne Erzeugungskapazität zu günstigen Preisen, aber auch Rahmenbedingungen, die es der Industrie ermöglichen, ihre Produktion umzustellen.

Lechner Grüner Strom und grüner Wasserstoff sind die Schlüssel zur Dekarbonisierung industrieller Prozesse, allen voran in der Stahl- und Chemieindustrie. Österreich hat dies früh thematisiert – Stichwort Wasserstoffstrategie. Nun gilt es, rasch den Rahmen für den Bau für Anlagen im großtechnischen Maßstab zu schaffen und deren Potenzial einzuschätzen. Davon hängt wiederum die notwendige Netzinfrastruktur ab. Am Ende geht es dabei im europäischen und internationalen Wettbewerb darum, wer als erster die vom Markt nachgefragten Produkte in „grüner Qualität“ liefern kann: Diese Unternehmen werden dann auch einen Wettbewerbsvorteil haben.

Hribernik Wasserstoff oder darauf basierendes „grünes Gas“ wird ein zusätzlicher Freiheitsgrad im Energiesystem sein. H₂ kann als Speicher und Energieträger fungieren und mithelfen, saisonale Unterschiede in der erneuerbaren Energieversorgung auszugleichen. Die Verkopplung der Sektoren muss mitgedacht werden. In der energieintensiven Industrie wird der Einsatz von Wasserstoff helfen, Hochtemperaturprozesse von fossilem Gas auf erneuerbare Energieträger umzustellen und Produktionsprozesse auf einen „kohlenstofffreien“ Weg zu bringen. Wasserstoff könnte auch eingesetzt werden, um prozessbedingte, nicht vermeidbare Treibhausgasemission wieder in Kohlenwasserstoffe umzuwandeln (CCU). Die Preisentwicklung für erneuerbaren Strom sowie die Kostengestaltung für CO₂ und die Wasserstoffinfrastruktur werden über die Einsatzprioritäten entscheiden.

Drexel Die Aussage des Projektes, wonach Grünen Gasen eine zentrale Bedeutung als Energieträger

und Energiespeicher im zukünftigen Energiesystem zukommt, kann nur unterstrichen werden. Gleichzeitig ist damit keine Lösung der Frage nach der Bereitstellung der für die Erzeugung notwendigen erneuerbaren Energie verbunden, im Gegenteil werden Umwandlungsverluste zunächst noch größere Energiemengen erfordern. Damit eng verknüpft bleibt die Herausforderung der wirtschaftlichen Darstellbarkeit von Grünen Gasen.

Dworak *Das Policy Paper zeigt – wie auch die Nationale Langfriststrategie 2050 – klar auf, dass CO₂-Technologien wie CCU und CCS – einen relevanten Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität leisten können. Wir müssen also rasch in die Forschung und Technologieentwicklung einsteigen und offene Sicherheits- und rechtliche Aspekte aufarbeiten. Wo sehen Sie hier Ansatzpunkte?*

Schneider Die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft ist eine riesige Herausforderung. Viele der dafür notwendigen Technologien sind erprobt und marktfähig, bei anderen besteht noch Forschungsbedarf. Meist werden der technologische Fortschritt und der Markt entscheiden, welche Innovationen sich durchsetzen. Allerdings müssen diese Technologien nachhaltig sein, d.h., eine klimaneutrale Wirtschaft ermöglichen und keine anderen schädlichen Effekte haben wie etwa die Kernkraft. Dies bedeutet, dass Forschungsaktivitäten auf zukunftsfähige Bereiche fokussiert werden sollten, darunter auch in CCU-Technologien.

Drexel CCS und CCU können einen relevanten Beitrag zur Klimaneutralität leisten – aber nur, wenn die genannten Fragenstellungen zufriedenstellend beantwortet werden können. Noch sind diese Technologien ein Joker in den Szenarien der Klimaneutralität, der jene Reduktionen abdeckt, die nicht durch Effizienzmaßnahmen oder erneuerbare Energie dargestellt werden können. Um diesen Joker auch spielen zu können, ist ein innovationsfreundliches Umfeld zu schaffen. Mit einem „Verbotsgesetz“, wie es in Österreich besteht, ist dies vermutlich nur schwer zu realisieren.

Wir danken für das Gespräch! 

Saubere Industrie

Die heimische Industrie hat eine ressourcenschonende und saubere Produktion längst in ihre Strategien implementiert. Vieles wurde bereits umgesetzt.

Im Zuge der intensiven, medialen Diskussionen rund um Klimawandel und Umweltschutz der letzten Jahre, bestätigt ein Blick auf Österreichs Industrie den eingeschlagenen Weg.

Energieintensive Industrie

voestalpine gilt bereits seit Jahrzehnten als Umwelt- und Effizienzbenchmark der Branche. Der Konzern hat mit rund 2,3 Mrd. Euro in der letzten Dekade massiv in den Umwelt- und Klimaschutz investiert. Es wird mit Hochdruck daran gearbeitet, die Dekarbonisierung der Stahlproduktion an den Standorten Linz und Donawitz weiter voranzutreiben. Durch einen teilweisen Ersatz der bestehenden Hochofenroute durch eine Hybrid-Elektrostahlroute können ab 2030 die CO₂-Emissionen um ein Drittel (drei bis vier Millionen Tonnen CO₂-Emissionen) reduziert werden. „Die voestalpine bekennt sich ganz klar zu den globalen Klimazielen und zu einer weitgehenden Dekarbonisierung“, so Herbert Eibensteiner, Vorstandsvorsitzender der voestalpine AG. Der voestalpine-Konzern forscht daher intensiv an Technologien für die Stahlpro-

duktion, um langfristig Kohle durch CO₂-neutralen Wasserstoff zu ersetzen.

AMAG bekennt sich dazu Ressourcen effizient zu nutzen, Produktionsanlagen umweltschonend zu errichten und zu betreiben und die Kunden mit umweltfreundlichen Produkten zu beliefern. Dazu AMAG-CEO Gerald Mayer: „Wir setzen auf Spezialisierung und unsere Kernkompetenz im Recycling. In unserer Produktion spielt Aluminiumschrott mit rund 75 Prozent Anteil am Materialeinsatz seit vielen Jahren die Hauptrolle. Aluminiumschrott ist ein Rohstoff, der in Europa in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Wir haben in den letzten Jahren stark in die Schrottaufbereitung und -verarbeitung sowie Umwelteinrichtungen investiert und unsere Recyclingkompetenz gezielt weiterentwickelt. Damit sind wir am letzten Stand der Technik und gehören zur Weltspitze im Recycling.“

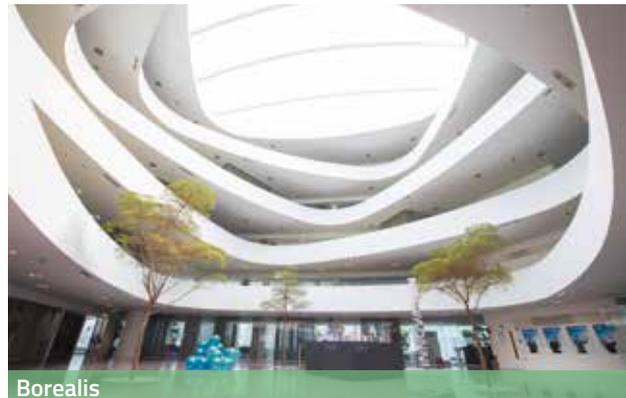
Wienerberger leistet mit smarten Lösungen für die Gebäudehülle und Infrastruktur einen wichtigen Beitrag zu den globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenverknappung, Urbanisie-

rung und demografischer Wandel. Man hat es sich auch zum Ziel gesetzt, den Energieverbrauch in der Produktion stetig zu reduzieren und noch stärker auf die Kreislaufwirtschaft zu setzen. Das heißt, Reststoffe aus dem Produktionsprozess sowie aus externen Quellen wieder in den Produktionsprozess einzubringen. „Als Wienerberger übernehmen wir seit Beginn unserer Unternehmensgeschichte Verantwortung für Generationen. Diese Verantwortung wollen wir verstärkt für unsere gesamte Wertschöpfungskette tragen“, unterstreicht Heimo Scheuch, Vorstandsvorsitzender der Wienerberger AG.

Bio- und kreislaufbasierte Industrie

Lenzing produziert Fasern aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz und positioniert sich dabei klar als nachhaltiger Hersteller. Mit einem wissenschaftlich fundierten Ziel wird Lenzing zur Bewältigung der durch den Klimawandel bedingten Probleme aktiv. Die Lenzing Gruppe hat sich dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen pro Tonne Produkt bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 2017 zu reduzieren. Dazu Stefan Doboczky, Vorstandsvorsitzender der Lenzing Gruppe. „Der Klimawandel ist die größte Herausforderung, vor der die Menschheit derzeit steht. Mit unserer strategischen Festlegung, bis 2050 klimaneutral zu sein, helfen wir die Geschwindigkeit der Erderwärmung zu verlangsamen und die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.“

Borealis möchte den Energie-Fußabdruck durch größere Energieeffizienz und die Entwicklung innovativer Lösungen verringern: Bis 2030 sollen 50 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen bezogen und die Energieeffizienz im Vergleich zum Ausgangswert des Jahres 2015 um 20 Prozent gesteigert werden. „Klimaneutralität in der Chemieindustrie bedeutet, in neue Prozesse zu investieren, alternative Rohstoffquellen zirkulär zu nutzen und CO₂ als Rohstoffquelle zu verwenden. Aber auch sektorale Integration und den Umbau bestehender Anlagen.“ Mit einer Investition am Standort Ecoplast in Wildon wird man den steigenden Marktanforderungen für Recyclingmaterial gerecht und ermöglicht, die Produktionskapazität um 60 Prozent zu erhöhen.



Borealis



Lenzing



Mondi

Mondi befasst sich als weltweit tätiges Unternehmen mit der Herstellung und dem Vertrieb von Verpackungs- und Papierprodukten. Das Unternehmen ist vollständig in die Wertschöpfungskette für Verpackungen und Papier integriert: Von der Bewirtschaftung der Wälder, der Herstellung von Zellstoff, Papier und Kunststofffolien bis hin zur Entwicklung und Herstellung effektiver Industrie- und Verbraucherverpackungslösungen. Laut WWF ist Mondi der nachhaltigste Papierhersteller, beurteilt wurde dabei die Verwendung von Recycling-



Siemens



AVL



AT&S

Fasern sowie Faserstoffen aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern, die eingesetzte Energie, CO₂-Emissionen sowie Wasserverbrauch und Aufbereitung von Abwässern. Mondis Nachhaltigkeitsansatz folgt drei Regeln. Erstens: Der Austausch von weniger nachhaltigen Produkten durch Produkte, die den Kunden dabei helfen, ihre nachhaltigen Ziele zu erreichen. Zweitens: Die Reduzierung des Volumens der verwendeten Rohstoffe. Drittens: Die Entwicklung von recycelbaren Papier- und Kunststofflösungen.

Technologieentwickler

AT&S will als weltweit führender Anbieter von High-End Leiterplattenlösungen auch im Bereich Nachhaltigkeit Trends und Standards setzen. „Durch unsere ausgezeichnete Performance im Umweltschutz sind wir gerade in Asien ein Benchmark und nehmen eine Vorreiterrolle für unsere gesamte Branche ein. Für uns stehen Umweltschutz, soziales Engagement und Wirtschaftlichkeit nicht im Widerspruch zueinander“, so Andreas Gerstenmayer CEO von AT&S. Der Leiterplattenhersteller hat es sich zum Ziel gesetzt, den CO₂-Fußabdruck je m² Leiterplatte, also die Mengen an CO₂, die im Rahmen der Produktionsprozesse ausgestoßen werden, um jährlich fünf Prozent zu reduzieren. Die Einhaltung und Erreichung dieses Ziels bringt Energieeinsparungen und somit Kosteneinsparungen mit sich.

AVL List ist das weltweit größte, unabhängige Unternehmen für die Entwicklung, Simulation und das Testen von Antriebssystemen. Am Headquarter in Graz besteht eines der modernsten Batterie-Prüflabore Europas. Geforscht wird an batteriebetriebenen Fahrzeugen, Wasserstoffantrieben, Verbrennungsmotoren mit synthetischen Kraftstoffen und alternativen Großmotoren-Antrieben für Lkw, Schiffe und auch Flugzeuge. AVL hat das erste österreichische Fahrzeug auf Basis eines Brennstoffzellen-Batterie-Hybrids präsentiert. „Die Wasserstoff-Technologie soll aber nicht für den gesamten Verkehr, aber sehr wohl für wichtige Teile des Transportwesens eine Zukunft sein, insbesondere für die schwereren Fahrzeuge. Wasserstoff hat in den letzten zwei Jahren enorm an Wahrnehmung und Bedeutung gewonnen. Das ist für den Planeten und unsere Zukunft wichtig“, so AVL-Geschäftsführer Helmut List.

Siemens Österreich bemüht sich was den Klimawandel betrifft, der Verantwortung mit intelligenten und nachhaltigen Lösungen nachzukommen. So hat man sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 klimaneutral zu werden. Mit Technologien und Lösungen aus dem Umweltportfolio unterstützt Siemens auch seine Kunden bei der Steigerung von Energieeffizienz und der Dekarbonisierung. Der Kampf gegen den Klima-

wandel wird vor allem auch in den Städten entschieden. „Es braucht daher intelligente Infrastrukturen, die dazu beitragen, diesen Herausforderungen zu begegnen. Dass dies möglich ist zeigt das Zusammenspiel aus Energietechnologie und intelligenter Software etwa in Aspern, wo wir mit Partnern intensiv an einem der innovativsten und nachhaltigsten Energieeffizienz-Demonstrationsprojekte Europas forschen“, so Siemens-CEO Wolfgang Hesoun.

Energiebereitsteller

EVN bietet in ihrem Heimmarkt auf Basis modernster Infrastruktur Strom, Gas, Wärme, Trinkwasser- sowie Abwasserentsorgung und thermische Abfallverwertung „aus einer Hand“. Weiters gehören der Betrieb von Netzen für Kabel-TV und Telekommunikation sowie das Angebot verschiedener Energiedienstleistungen für Privat- und Businesskunden sowie für Gemeinden zur Produktpalette. Auch die EVN hat sich Nachhaltigkeit auf ihre Fahnen geschrieben. „Unserer Verantwortung für die Umwelt kommen wir insbesondere durch möglichst weitgehende Ressourcenschonung, Minimierung unserer Emissionen und forcierte Nutzung erneuerbarer Energieträger nach. Laufende Innovation und Effizienzsteigerung tragen dazu entscheidend bei“, heißt es aus der EVN-Gruppe.

OMV hat sich bis 2025 ehrgeizige Nachhaltigkeitsziele gesetzt. Das bedeutet: Reduzierung der CO₂-Intensität der Geschäftstätigkeit um 19 Prozent, Reduzierung der CO₂-Intensität des Produktportfolios um vier Prozent, effizienter Ressourceneinsatz und CO₂-neutrale Energiequellen erschließen. Mit der Innovation ReOil wird Plastik zurück in hochwertiges Öl verwandelt. Damit werden bis zu 50 Prozent des österreichischen Kunststoffmülls verwertet und wieder sinnvoll nutzbar gemacht. Ein „zero routine flaring & venting“ Grundsatz für alle neue Projekte und ein Beenden bestehender „routine flaring und venting“ Praktiken bis spätestens 2030 wurden mit dem neuen OMV Group Standard Umweltmanagement eingeführt.

Verbund sieht den Weg in die Zukunft klar: „Wir haben knapp 100 Prozent CO₂-freie Stromerzeugung,



EVN



OMV



Verbund

steigern die Energieeffizienz und treiben die Dekarbonisierung und die Digitalisierung voran. Basis und Herzstück unseres Unternehmens ist und bleibt die effiziente Wasserkrafterzeugung. Wir betreiben 128 Wasserkraftwerke, setzen auf Effizienzsteigerungen bei bestehenden Anlagen und haben rund 30 Projekte in der Pipeline“, sagt Wolfgang Anzengruber, Vorstandsvorsitzender der Verbund AG

Autorin: Herta Scheidinger

Die Unternehmen der Lederwaren- und Kofferindustrie, wie die Hirsch Armbänder GmbH, sind seit Generationen nachhaltige Arbeitgeber.



Gut getimte Innovationen als Wettbewerbsfaktor

Die Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie gehört zu den traditionsreichsten Industriezweigen Österreichs und zählt zu den internationalen Innovationsführern bei der Herstellung von Nischen- und Spezialprodukten.

Ihre Blütezeit erlebte die Branche der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie (TBSL) in den beginnenden 1950er bis Ende der 1970er Jahre. Das Wachstum anderer Industriezweige und die zunehmende Konkurrenz aus dem Ausland (Importwaren) führten bis zum österreichischen EU Beitritt 1995 zu einem harten Verdrängungskampf am heimischen Markt und folglich zu einer starken Reduktion von österreichischen Unternehmen und Beschäftigten in den Branchen. Durch den Beitritt Chinas zur WTO im Jahr 2004 wurde dieser Verdrängungskampf noch verschärft. Zum damaligen Zeitpunkt hatte Europa einen Weltmarktanteil bei Textil und Bekleidung von 40 Prozent, China 16 Prozent, heute ist es umgekehrt. „Mit dem EU Beitritt entstanden gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb Europas, die unsere Exporte befeuerten. Zu dieser Zeit begannen die Unternehmen vermehrt auf die Herstellung von Nischen- und Spezialprodukten zu setzen“, erklärt Ing. Manfred Kern, Fachverbandsobmann der TBSL.

Vertreten wird die Branche durch den 400 Mitglieder zählenden Fachverband Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie. Die Mitgliedsunternehmen sind meist gewachsene, eigentümergeführte

Familienbetriebe mit mittelständischer Struktur. Der Umsatz betrug im Jahr 2019 zirka vier Milliarden Euro, der Exportanteil lag, je nach Branche zwischen 70 und 90 Prozent.

Internationale Innovationsführer

Die innovationsfreudige Sparte der Textilindustrie zählt zu den internationalen Innovationsführern in hoch spezialisierten Bereichen und entwickelt regelmäßig Weltneuheiten und Patente. Die Branche umfasst 224 Textilunternehmen, die mit rund 10.800 Beschäftigten 2019 einen Umsatz von über 2,4 Mrd. Euro erzielt haben. In der Textilindustrie lassen sich drei große Sektoren festmachen: Gewebe und Garne, Heimtextilien und technische Textilien. Besonders wichtig sind dabei höchste ökologische Standards und das stete Bemühen um Energieeffizienz, die Überlegung um den Kreislauf der Produkte und Produktion, den ökologischen Fußabdruck, Forschung und Umsetzung des Themas Recycling und der Einsatz von schadstofffreien Chemikalien. Die Betriebe sind sich ebenso ihrer hohen Verantwortung gegenüber MitarbeiterInnen und ihrer regionalen Bedeutung als Arbeitgeber bewusst.

Produziert wird in Österreich in modern ausgestatteten Betrieben. Kontinuierliche Investitionen sorgen für neueste Maschinenausstattung, die eine sehr hohe Produktivität garantieren. Damit konnte eine starke Produktionsverlagerung in andere Länder vermieden werden. Oft werden ganze Problemlösungen zusammen mit den Kunden entwickelt. Neue Produktionsmethoden und Kombinationen mit anderen Werkstoffen und Wirtschaftssektoren wie Mikroelektronik oder der Kunststoffindustrie sorgen für neue Impulse. Anforderungen wie Gewichtseinsparung durch leichtere Textilmaterialien, Nanotechnologie oder neue Verbundmaterialien beschäftigen die Branche. Unterstützung bei der Suche nach innovativen „Smart Textiles“ finden die Unternehmen auf der „Smart Textiles-Plattform“ und bei verschiedenen Forschungs- und Entwicklungszentren in Österreich. Der Exportanteil liegt bei über 80 Prozent, wichtigster Markt ist die EU mit 77 Prozent. „Fast Fashion – je schneller desto interessanter, je mehr desto billiger – ist ein Irrweg, der von vielen Konsumenten erkannt wird und in der gesamten textilen Wertschöpfungskette zu unerwarteten Folgekosten führt. Ein großer Teil der Produkte und Vormaterialien gehen direkt in den Abfall oder müssen über Abverkaufsaktionen bereits in der Hochsaison verschleudert werden. Ich sehe hier eine Chance für EU-Produzenten, da das Bewusstsein in Europa deutlich zunimmt und wir in der Lage sind, qualitativ hochwertige Produkte zu entwickeln und zu organisieren“, erklärt DI Georg Comploj, Geschäftsführer bei Getzner, Mutter & Cie.

Internationale Märkte

Die 118 Unternehmen der österreichischen Bekleidungsindustrie und die 10 Unternehmen des Textilservicemanagement beschäftigen im Inland 7.400 Arbeitnehmer und erwirtschaften einen Umsatz von zirka 960 Millionen Euro, die Exportquote liegt bei 70 Prozent. Die meist eigentümergeführten Familienunternehmen umfassen den gesamten Bekleidungsbereich von Unterwäsche über Oberbekleidung bis zu Sportswear, ebenso alle Segmente hochwertiger Corporate Wear und die Bereiche



Die Unternehmen der Bekleidungsindustrie sind meist eigentümergeführte Familienunternehmen, wie die Firma Fahnen Gärtner.

Heimtextilien, Fahnenerzeugung und Innendekoration sowie Bettsysteme, Textilmanagement bis hin zu modischen Accessoires, wie Hüte und Tücher.

Durch modernes Design mit traditionellen Elementen in qualitativ hochwertiger Verarbeitung von Materialien wie Loden und Walk hat sich die österreichische Mode national und international einen Namen gemacht. Aber auch Spezialprodukte im Segment „Protective- und Workwear“ wie Feuerwehr- und Schutzanzüge, militärische Schlafsäcke, hochfunktionelle Kälteschutz- und Sportbekleidung bewähren sich auf internationalen Märkten.

Im Bereich der Produktion von Fahnen, Flaggen, Transparenten, Spannbändern, Baunetzen und Endlosvliesen haben österreichische Unternehmen durch Einsatz neuer Werkstoffe und digitaler Druckmaschinen Spitzenqualität entwickelt. Hier sind Forschung, Innovation und Weiterentwicklung unablässig. „Ohne diese Bereiche würden wir kaum noch in Österreich produzieren können. Es geht darum, dass man immer wieder mit Neuerungen



Eine Berufsgruppe der Bekleidungsindustrie ist das Textilservicemanagement. Sie sind Vorreiter der Circular Economy.

Die Textilindustrie zählt zu den internationalen Innovationsführern und setzt auf Nischenprodukte.



kommt und den Kundennutzen im Fokus hat und um eine Zusammenarbeit zwischen Maschinenherstellern, Stoffproduzenten und uns als Hersteller von Fahnen, Bannern oder eben Bekleidung und Textilien. Ein Beispiel: Bei Fahnen Gärtner haben wir 2010 eine völlig neuartige Druckmaschine als Prototyp in Auftrag gegeben und mitentwickelt. In Verbindung mit einem neuen Stoff war es uns möglich eine Fahne auf den Markt zu bringen, die im Vergleich zu marktüblichen Standards mindestens doppelt so lang im Einsatz sein kann“, erklärt Ing. Gerald Heerdegen, Geschäftsführer und Gesellschafter von Fahnen Gärtner.

Circular Economy

Eine weitere Berufsgruppe in der Bekleidungsindustrie ist das Textilservicemanagement. Hier werden Kunden aus Industrie, Gewerbe, Hotellerie und Gastronomie, aus dem Gesundheitswesen und öffentliche Einrichtungen nicht nur in Österreich, sondern auch in 15 europäischen Ländern versorgt. Investitionen in modernste Technologien, Steigerung der Energieeffizienz, Ressourcenschonung



Die Schuhindustrie ist mit ihren hochwertigen Qualitätsmarken erfolgreich. Die Exportquote liegt bei 75–90 Prozent.

und der Einsatz von ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Mehrwegtextilien macht diese Unternehmen zu Vorreitern für die Circular Economy. Mag. Thomas Krautschneider, geschäftsführender Gesellschafter von Salesianer Miettex GmbH: „Gut getimte Innovation erweist sich als echter Wettbewerbsvorteil. Allerdings ist erfolgreiche Innovation selten eine Einzelleistung! Wir sehen Fortschritt daher als zielorientierte Teamarbeit. Wir kooperieren mit Fachinstituten auf nationaler und internationaler Ebene und versuchen neue Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu nutzen. So stehen wir für regionale Wertschöpfung, kurze Transportwege, geringe Ressourcenbelastung und Kreislaufökonomie. In vielen Bereichen bieten wir gute Alternativen zu Wegwerfartikeln. Wichtig wäre die Schrittweise Ökologisierung der Wirtschaft, auf EU-Ebene aber auch in Österreich. Leider wird nach wie vor zu oft nur der Einkaufspreis verglichen, qualitative Bewertungskriterien für CO₂-Footprint und/oder Müllentsorgung werden nicht oder nur unzureichend bewertet“.

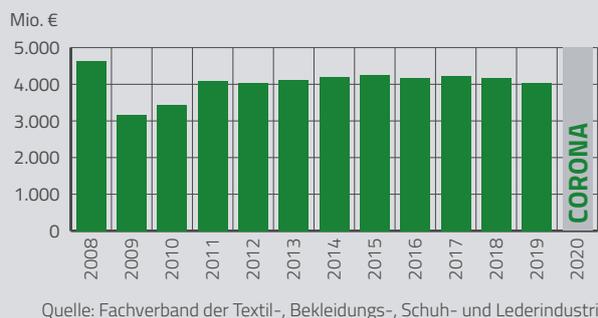
Spezialisierung auf Nischenprodukte

Die Schuh- und Lederwarenindustrie beschäftigt insgesamt 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 30 Mitgliedsunternehmen. Davon entfallen auf die Schuhindustrie 1.180 Beschäftigte, auf die Lederwaren- und Kofferindustrie 420. Die Schuhindustrie ist mit ihren hochwertigen Qualitätsmarken international erfolgreich, da sehr früh neue Zukunftsmärkte (u.a. Russland, außereuropäisch: USA, Asien, Australien) erschlossen wurden. Österreichische Schuhmarken werden in über 50 Länder exportiert, die Quote liegt bei 75–90 Prozent. Größte Herausforderung für die Schuhindustrie ist die Koordination von E-Commerce und rückläufigem Fachhandel. „Aktuell ist sicher der Wandel in der Branche, sprich weniger Fachhändler, neue Vertriebskanäle wie Online und natürlich auch das zusätzliche Schuhangebot der vertikalen Unternehmen (wie Zara, H&M, etc.) eine große Herausforderung für die klassische Schuhindustrie. Zusätzlich kommt dann auch noch die derzeitige „Sneaker-Welle“ dazu, die natürlich den klassischen Schuhen Mengen wegnimmt. Firmen, die sich aber

auf spezielle Nischen oder Produktinnovationen konzentrieren, können damit trotzdem sehr erfolgreich sein und hier liegt auch die große Chance der Branche“, erklärt Patrick Lorenz, Geschäftsführer der Lorenz Shoe Group GmbH. Die Standards, was den Umweltschutz in der Schuhindustrie bzw. den Zulieferbetrieben wie Gerbereien, Sohlenhersteller, etc. angeht, ist mittlerweile sehr hoch und auch Nachhaltigkeit ist in den letzten Jahren wieder verstärkt Thema geworden. „Produktionen in Europa – somit kurze Transportwege – und zum Beispiel langlebige, hochwertige Produkte sind hier genauso ein Beitrag, wie eben auch das Verwenden von „recyclten“ Materialien oder pflanzlich gegerbten Ledern“, so Lorenz.

In der Lederwaren- und Kofferindustrie führte die internationale Konkurrenz in den letzten Jahrzehnten zu einem Verdrängungskampf, wodurch heute nur mehr wenige Unternehmen bestehen. Die Produktpalette, der auf Nischenprodukte spezialisierten Branche, reicht von Armbändern für Uhren, Gürtel, Taschen, Koffer bis zu Handschuhen für Militär, Feuerwehr, Einsatzkräfte, Arbeitsschutz und Sport. Der Exportanteil liegt im Durchschnitt bei 75 Prozent. „Es ist essenziell mit den ganzen Technologien und Möglichkeiten die man hat grenzübergreifend aktiv zu bleiben. Heute kann ich meine Produkte in Österreich ebenso verkaufen, wie nach China, in die USA oder nach Afrika. Aufgrund der neuen Technologien sind die Hürden nicht mehr so groß. Dementsprechend ist die Globalisierung ein wichtiger Faktor vor dem man sich nicht fürchten darf, sondern auf den man sich vorbereiten muss. Wir bei Hirsch investieren sehr stark in die Weiterentwicklung von Materialien, in neue Fertigungstechnologien und sorgen damit dafür, dass das Unternehmen zukunftssicher bleibt“, so Nikolaus Hirsch, Mitglied der Geschäftsleitung der Hirsch Armbänder GmbH. Die Zukunftssicherheit bezieht sich auch auf die Arbeitsplätze. „Wir wollen Arbeitsplätze schaffen, die nachhaltig sind, die generationenreif sind. So wie mein Bruder und ich jetzt schon in der neunten Generation im Betrieb arbeiten dürfen, freuen wir uns sehr, dass wir das für die nächsten Generationen auch möglich machen können“, so Hirsch.

Umsatz Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie
Quartale - Nomin. Veränderung zum Vorjahresquartal in Prozent



Hohe Umweltstandards

Rund 1.630 Mitarbeiter waren 2019 in den drei Unternehmen der österreichischen Ledererzeugenden Industrie beschäftigt. Da die Ledererzeugende Industrie mit großem Erfolg die renommierten Hersteller der Automobilindustrie, Polstermöbelindustrie und Flugzeugindustrie, sowie auch Hersteller von Yachten und Zügen beliefert, liegt der Exportanteil bei über 90 Prozent. Hohe Sozial- und Umweltstandards und moderne Produktionstechniken zählen zu den Assets der österreichischen ledererzeugenden Betriebe. Die Unternehmen sind auch durch die Implementierung der Due Diligence für Gesundheits- und Arbeitsschutz in den Gerbereien Vorreiter auf dem Weltmarkt. Auch der Umweltschutz ist ein großes Thema. „Leder ist ein Naturprodukt und dessen Herstellung muss im Einklang mit der Natur erfolgen. Die Reduktion des benötigten Wassers, eine niedrige Belastung und nach der Fertigung die beste Reinigung sind in Österreich weitest umgesetzt. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden gibt es in der österreichischen Industrie ein ausführliches Monitoring der Abwassersysteme“, erklärt Andreas Kindermann, CEO bei Wollsdorf Leather. Das Produkt Leder entsteht durch Aufwerten eines Nebenproduktes aus der Milch- und Fleischindustrie. „Für Leder wird kein Tier getötet. Wir verwerten was woanders anfällt. Kreislaufwirtschaft und Upcycling sind moderne neue Begriffe die wir bei Leder schon seit Jahrhunderten leben. Daher passt dieses Produkt perfekt in die heutige Zeit und darf nicht mit veganen Trends vermischt werden. Ein Ersatz von Leder durch ölbasierende Produkte ist weder nachhaltig noch umweltschonend sondern tötet wegen des Mikroplastiks Fische im Ozean“, erklärt Kindermann.

Autorin: Helene Tuma

„Es muss alles getan werden, damit der Industriestandort Österreich erhalten bleibt“

Ing. Manfred Kern, Fachverbandsobmann Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie über die Herausforderungen der Zukunft durch die Globalisierung, Ausbildung von Fachkräften, Nachhaltigkeit in der Produktion und Circular Economy.

Herr Ing. Kern, die TBSL-Industrie zählt zu den traditionsreichsten Industriezweigen in Österreich. Wie gelingt es, immer auf dem neuesten Stand zu bleiben?

Nur durch eine konsequente Weiterentwicklung in Bezug auf technische Prozesse, eingesetzte Rohstoffe und Materialien, schnelle Reaktionen auf Marktbedürfnisse, starke Kundenorientierung, Flexibilität in der Beschaffung, schnelle Lieferzeiten sowie die langjährige, traditionelle Bedeutung für einzelne Regionen als stabile Arbeitgeber und wirtschaftlicher Motor, konnten unsere Unternehmen bis heute bestehen. Hervorheben möchte ich, dass unsere Unternehmen bereits über mehrere Generationen familiengeführt sind, Werte wie Tradition, Vertrauen und Verlässlichkeit sowie Konsequenz, Disziplin und Durchhaltevermögen stark verankert sind. Aufgrund der flachen Managementstrukturen können sie sich schneller an geänderte Rahmenbedingungen anpassen als große Konzerne.

Wie wichtig sind Innovationen, Forschung und Weiterentwicklung in Ihren Branchen?

Diese Themen sind für alle Unternehmen unseres Fachverbandes überlebensnotwendig, jedoch existieren branchenspezifische Unterschiede. So produzieren die Textil- und die Ledererzeugende Industrie Flächenware, die den Anforderungen und Vorgaben ihrer Kunden (nachgeschaltete Industrien wie Automotive, Technische Textilien und Bekleidungs- und Heimtextilien) entsprechen müssen. Sie setzen daher einen starken Fokus auf Forschung und Entwicklung. Die Bekleidungs-, Schuh- und Lederwarenindustrie bedienen mit ihren Produkten den Endkonsumentenmarkt und entwickeln saisonale, modische und technische Kollektionen, das sind „Innovationen“ um gegenüber den internati-

onalen Mitbewerbern bestehen zu können. Dieser Aufwand ist von der Kostenbelastung durchaus vergleichbar mit jenem für Forschung und Entwicklung, jedoch sind diese Kosten bisher von jeglichen staatlichen Fördermöglichkeiten ausgeschlossen. Seit drei Jahren versucht der Fachverband TBSL bei den politischen Entscheidungsträgern für die Kosten in Verbindung mit der Entwicklung von Kollektionen auf Basis der FFG-Kriterien Fördermöglichkeiten zu erreichen.

Welche Schritte setzt der Fachverband TBSL bei der Ausbildung von Fachkräften?

Wir sehen nicht nur einen Fachkräftemangel, sondern einen steigenden Mangel an Arbeitskräften als solches, je nach Branche und Region unterschiedlich. Dieser Mangel besteht vom Lehrling über die angelernten Arbeitnehmer bis hin zu Fachkräften. Einerseits versuchen unsere Mitglieder diesem Mangel firmenindividuell zu begegnen, andererseits haben sich im Bereich der Textilindustrie die Schwerpunkte „Lehrlingsförderung“ „Stipendien“ und „Textile Zusatzausbildung“ entwickelt.

Welche Schritte werden zur Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter gesetzt?

Grundsätzlich decken unsere Unternehmen ihren Mitarbeiterbedarf aus den in Österreich vorhandenen Bildungsangeboten wie HTL und HBLA ab, wobei die Ausbildung innerhalb der Unternehmen, sei es Lehrlingsausbildung oder Spezialisierung, die Kernkompetenz in der Aus- und Weiterbildung darstellt. Besonders hervorheben möchte ich die große Anstrengung, dass wir die Berufsschulausbildung für die Textiltechnologie-Lehrlinge österreichweit in Vorarlberg zentral gebündelt haben,



Ing. Manfred Kern

dann die textile Zusatzausbildung an der HTL Spengergasse. Wir arbeiten eng mit den HTLs zusammen, und unterstützen sie bei der Umsetzung einer attraktiven Schulausbildung. Außerdem wird jährlich der beste Textillehrling der Branche gesucht und geehrt. Noch erwähnt werden muss, dass junge Talente, die sich für die EuroSkills und WorldSkills im Bereich „Fashion und Technology“ qualifizieren, von uns unterstützt werden.

Auch Nachhaltigkeit und Umweltschutz werden immer wichtiger?

Durch die Auswirkungen der Globalisierung sind unsere Firmen gezwungen darüber zu reden, wie nachhaltig ihre eigene Produktion ist, bzw. ihre Produkte sind oder zukünftig werden müssen, um auch weiterhin am Markt teilhaben zu können. Das CSR Thema trifft alle Unternehmen, jedoch branchenindividuell unterschiedlich. Die sozialen Aspekte müssen verstärkt dort beachtet werden, wo die Produktion außerhalb von Österreich angesiedelt ist. Produktionen in Österreich und innerhalb der EU unterliegen ja grundsätzlich den sehr strengen EU-nationalen Vorgaben. REACH hat auf alle Unternehmen große Auswirkungen, sei es in der Beschaffung, in der Produktion oder im Arbeitnehmerschutz. Wir hoffen, dass die ambitionierten umweltpolitischen Pläne der EU den Produktionsstandort Europa, insbesondere unserer KMUs nicht gefährden, sondern wettbewerbspolitisch zu einem Vorteil führen werden.

Welche Rolle spielen die vier R's (Responsibility-Reduce-Reuse-Recycling)?

Zu der Zeit, als ich, nach Beendigung meiner textilen Ausbildung, ins Berufsleben eingestiegen bin, waren die 3 M's, Mensch – Maschine – Material die richtungsweisenden Begriffe, die es zu verknüpfen galt. Wir haben jedoch erkannt, dass die Verantwortung unserer Unternehmer über das reine Produzieren hinausgewachsen ist, und sie sich mit den 4 R's beschäftigen müssen. Für das Jahr 2025 hat die EU in ihrem Circular Economy Paket die getrennte Sammlung von Textilien festgeschrieben. Darin finden sich aber auch Maßnahmen zur Schaffung einer

zirkulären Wirtschaft für Textilien, Bekleidung und Schuhe, weiters die Förderung von Systemen zur Reparatur von Textilien und Schuhen und ein Bündel an Maßnahmen, durch die die Einführung der erweiterten Herstellerverantwortung in den Nachhaltigkeitsprozess eingebunden wird. Parallel dazu wird die Forschung von textilem Recycling forciert. Die europäische TBSL-Industrie wird es allerdings nicht schaffen, die für eine Kreislaufwirtschaft notwendigen Maßnahmen allein zu tragen, vielmehr wird das Zusammenspiel aller Marktteilnehmer sowie der politischen Entscheidungsträger auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene gefordert sein. Ein bereits gelebtes und erprobtes Kreislaufwirtschaftssystem findet sich im Geschäftsmodell unserer Textilservicemanagementunternehmen, das auf Langlebigkeit – Reuse und Repair aufbaut.

Wie kann, angesichts der Globalisierung und der Rahmenbedingungen in Österreich/der EU, der Produktionsstandort Österreich aufrechterhalten werden? Wo sehen Sie die Herausforderungen in der Zukunft?

Die Herausforderungen für den Produktionsstandort Österreich und EU werden sein, dass unsere Unternehmen alle die von Ihnen geforderten Maßnahmen umsetzen und dabei zukünftig auch noch wettbewerbsfähig am globalen Markt sein können. Ganz besonders drückend sind die hohen Lohnnebenkosten und eine überbordende, fast schon übertriebene Bürokratie am Standort Österreich. In diesem Zusammenhang sehe ich es als äußerst wichtig, dass wir in Europa darauf achten, dass eine größtmögliche vertikale Produktion in Europa aufrecht erhalten bleibt – so z. B. hat erst vor kurzem eine der letzten Spinnereien in Österreich für immer ihre Pforten geschlossen. Unter den Gesichtspunkten CO₂-Fußabdruck, Kreislaufwirtschaft, Border Tax, level-playing-field etc. werden kurze Lieferwege in Europa immer wichtiger werden. Es muss alles getan werden, damit der Industriestandort Österreich bzw. Europa erhalten bleibt und nicht gegenüber den weltweiten Konkurrenten, insbesondere Asien benachteiligen! ■

Interview: Helene Tuma

Die internationale Konjunktorentwicklung

Die Corona-Krise hat den Schlusspunkt hinter einen der längsten Wirtschaftsaufschwünge der Geschichte gesetzt. Hohe Verschuldungsquoten der Staaten, Unternehmen und Haushalte erschweren die Bekämpfung der Krise, zudem besteht die Gefahr einer weiteren Zuspitzung gesellschaftlicher Gegensätze.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Die Weltwirtschaft befindet sich seit rund zwei Jahren in einem zyklischen Abschwung: Dieser Abschwung hat relativ sanft begonnen, aber im Jahr 2019 blieb – erstmals seit dem Krisenjahr 2009 – das weltwirtschaftliche Wachstum bei unter drei Prozent.

Abgesehen von Europa, wo die Eurokrise zu einem langjährigen Wachstumshemmnis wurde, hatte sich die Weltwirtschaft relativ rasch von der Krise 2008/09 erholt. Zwar wurden die Wachstumsspitzen vergangener Konjunkturzyklen nicht erreicht, dafür war der Grundzyklus überdurchschnittlich lang. Dazu beigetragen haben nicht zuletzt die expansiven Maßnahmen der Notenbanken (insbesondere der Europäischen Zentralbank EZB und der Bank of Japan BoJ) und die expansive Fiskalpolitik (insbesondere in den USA und in Japan).

Die expansive Politik hat den Konjunkturzyklus verlängert, aber gleichzeitig zwei wesentliche Probleme geschaffen: Der geld- und fiskalpolitische Spielraum für Maßnahmen zur Krisenbekämpfung ist in guten Zeiten aufgebraucht worden und die anhaltend niedrigen Zinsen haben die Wirtschaftsstruktur verschlechtert. Somit wäre auch eine „normale“ Wirtschaftskrise 2020 angesichts eines geleerten wirtschaftspolitischen Arsenal und überschuldeter Unternehmen eine große Herausforderung geworden.

2020 bringt keine „normale“ Wirtschaftskrise, sondern die Corona-Krise.

Ökonomisch gesehen ist die COVID-19-Pandemie ein externer Schock, der angebots- und nachfrageseitig auf die Weltwirtschaft einwirkt.

Die Industrieländer haben die Bereitschaft erklärt, die Kosten und Einnahmefälle aufgrund der Corona-Krise aus den Staatshaushalten zu finanzieren. Zu diesen zusätzlichen Ausgaben kommen die Steuerausfälle hinzu. Damit könnte die Wirtschaftsleistung stabilisiert werden, gleichzeitig würden die Schuldenstände der Staaten jedoch rasch wachsen.

Geht man von der gegenwärtigen Situation in den meisten Industrieländern aus – grundsätzlich aufrechte Produktion und aufrechter Handel mit Gütern des täglichen Bedarfs, aber weitgehende Stilllegung des Dienstleistungsbereichs und teilweise Einstellung des Handels – dürften die staatlichen Kosten bei rund 0,75 Prozent des BIP pro Woche liegen. Somit würde sich bei dieser partiellen Unterbrechung des Wirtschaftslebens im Ausmaß von acht Wochen eine Erhöhung des Schuldenstandes um mindestens sechs Prozent ergeben. Wenn nun aber beispielsweise der Gouverneur des besonders betroffenen US-Bundesstaates New York Recht hat, der von neun Monaten Stillstand ausgeht, würden sich die Kosten in dieser Rechnung nicht auf mehr oder weniger 30 Prozent des BIP erhöhen?

Bei einem Schuldenstand von 60 Prozent des BIP (Deutschland) oder 70 Prozent des BIP (Österreich) sind solche Anstiege vielleicht noch aus eigener Kraft bewältigbar. Dass nun Länder wie Frankreich und Spanien, die gegenwärtig bereits Verschuldungsquoten von 100 Prozent aufweisen, oder gar Italien (mit deutlich über 130 Prozent Staatsschuldenquote) nach europäischen Anleihen zur Finanzierung rufen, ist hingegen mehr als verständlich. Freilich kann diese Frage die Europäische Union aber nur schwer beschädigen, denn sie wird ent-

weder von den Bewohnern der südlichen Mitgliedsländern der mangelnden Solidarität bezichtigt oder von den Bewohnern der nördlichen Mitgliedsländer der maßlosen Geldvernichtung. Ein möglicher Kompromiss wäre ein noch intensiveres Anleihekaufprogramm der EZB mit Bevorzugung jener Emissionen, die ansonsten nur mit wachsenden Risikoaufschlägen am Markt unterzubringen wären. Dies kann aber mittelfristig das Ende des Euro bedeuten.

Ist schon das Zusammenwirken innerhalb Europas schwierig, werden die Probleme in globaler Perspektive noch einmal ein Stück komplexer. Die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind in medizinischer Hinsicht weniger gut auf die Bewältigung einer Pandemie vorbereitet, haben – trotz erheblich günstigerer Altersstruktur – einen hohen Anteil an Menschen mit Vorerkrankungen und/oder geschwächter Konstitution und sind nicht in der Lage, durch erhöhte Staatsausgaben die wirtschaftlichen Auswirkungen abzufedern. Hier könnte ein Teil der doch beachtlichen Erfolge der vergangenen Jahrzehnte, Menschen aus ihrer absoluten Armut heraus zu bringen und den Wohlstand in diesen Ländern generell zu erhöhen, wieder verloren gehen. Im Laufe des März hat es große Kapitalströme aus Emerging Markets in die Industrieländer gegeben, was in dieser Situation wenig hilfreich ist. Ebenso wenig hilfreich wie einfältige Wortmeldungen, dass man als Folge der Corona-Krise die Globalisierung überdenken müsse.

Aufgrund der raschen Veränderung der Lage, gibt es gegenwärtig keine belastbaren Zahlen: In der letzten Prognoserevision des Internationalen Währungsfonds (Ende Jänner 2020) findet sich Corona noch gar nicht, wohl aber ein Hinweis auf die Auswirkungen der Buschfeuer in Australien. Selbst die Prognose der OECD von Anfang März ist Makulatur, da dort ein Höhepunkt der Krise im ersten Quartal 2020 verortet wird. Die oft aussagekräftigen „Leading Indicators“ der OECD wurden im März nicht veröffentlicht. Der „Business and Consumer Survey“ der EU-Kommission zeigt Ende März einen Absturz, ist aber teilweise vor den einschränkenden Maßnahmen und teilweise gar



nicht erhoben worden. Die letzte Konjunkturumfrage der IV stammt ebenfalls vor Ausbruch der Krise in Europa und bestätigt nur, dass auch schon vorher eine „konjunkturelle Durststrecke“ bestanden hat.

Aufgrund der speziellen Umstände und der enormen staatlichen Hilfsprogramme wird die Corona-Krise kein reinigendes Gewitter sein, sondern Ungleichgewichte und Strukturprobleme fortschreiben, ja akzentuieren. Die wahre wirtschaftspolitische Aufräumarbeit muss somit noch folgen. Und sie wird in einer zinsenlosen Welt nicht einfach sein. Gleichzeitig werden die Verteilungskämpfe an Heftigkeit zunehmen: Soll man die gestiegenen Schulden ausgaben- oder einnahmensseitig abbauen; wie wird eine neue Balance zwischen Konsum-, Einkommens- und Vermögenssteuer gefunden; wie wird für Generationengerechtigkeit gesorgt, wenn die nunmehr in Pension gehenden, geburtenstarken Jahrgänge desaströse Staatsfinanzen hinterlassen; wie wird der ökologische Umbau durch die Corona-Krise beeinflusst? All diese Fragen müssen von einer Gesellschaft gelöst werden, die in den letzten Jahren – trotz eines nie gekannten Wohlstandes – tief gespalten, höchst misstrauisch und durch populistische Ideen unterschiedlichster Provenienz leicht ansprechbar ist. ■

2019 knickt die Dynamik der Industrieproduktion ein

Nach Zuwächsen seit dem Jahr 2016 knicken zwei der wesentlichsten Indikatoren der Industrie in ihrer Dynamik 2019 ein: Die Industrieproduktion und Auftragseingänge. Nach wie vor halten die Industriebetriebe an ihren Beschäftigten fest. Im Jahr 2019 ist der Personalstand in den Industriebetrieben erstmals höher als 2008.

Mag. Andreas Mörk



Mag. Andreas Mörk

Der Wert der abgesetzten Produktion der österreichischen Industrie belief sich im Jahr 2019 nominell auf 172,8 Mrd. Euro, das sind um 3,5 Mrd. Euro weniger als im Jahr 2018 (Datenquelle: Konjunkturstatistik der Statistik Austria in der Sonderauswertung der Kammersystematik, vorläufige Daten für 2019, endgültige Daten für 2018). Nach jährlichen Zuwächsen in den Produktionsvolumina zwischen 2016 und 2018, erfährt die Produktionskurve 2019 einen leichten Knick nach unten.

Im Vergleich zu 2008 haben die heimischen Industrieunternehmen in Summe knapp um ein Viertel mehr produziert, wobei es in der Fahrzeugindustrie, der NE-Metallindustrie oder der Bauindustrie zu überdurchschnittlichen Zuwächsen kam.

Die um die Storni bereinigten Auftragseingänge der Industriebetriebe betragen im Jahr 2019 insgesamt 104,2 Mrd. Euro, das sind den vorläufigen Berechnungen der Statistik Austria zufolge 4,3 Mrd. Euro weniger als noch im Gesamtjahr 2018. Analog zur Entwicklung der Produktion steigen die Auftragseingänge insgesamt in den Jahren 2016, 2017 und 2018 von Jahr zu Jahr und flachen dann in ihrer Dynamik 2019 ab. Seit dem Jahr 2008 hat sich das Volumen der gesamten Auftragseingänge um ein Viertel erhöht, wobei die Auftragseingänge aus dem Ausland stärker zunehmen als jene aus dem Inland. Die Bedeutung der ausländischen Auftragseingänge für die heimischen Industriebetriebe offenbart sich etwa auch dadurch, dass 2019 knapp drei Viertel der gesamten Auftragseingänge der heimischen Industriebetriebe

aus dem Ausland kommen. In der Branchenperspektive sind es die Chemische Industrie oder der Fahrzeugindustrie, die zwischen 2008 und 2019 überdurchschnittlich wachsen, was die ausländischen – ebenso wie die gesamten – Auftragseingänge anbelangt.

Im Durchschnitt der ersten zwölf Monate des Jahres 2019 sind in den heimischen Industriebetrieben insgesamt mehr als 429.730 Personen beschäftigt (Eigenpersonal), damit ist das Niveau aus dem Jahr 2008 erstmals innerhalb einer 11-jährigen Periode überschritten. Im Vergleich zum Vorjahr sind 2019 im Schnitt um knapp 5.000 Beschäftigte mehr in der Industrie tätig. Inklusive Fremdpersonal arbeiten in den Industriebetrieben 2019 rund 457.730 Personen (Gesamtpersonal), rund 3.000 Personen mehr als im vorangegangenen Jahr, da der Fremdpersonalstock um rund 2.000 Personen reduziert wurde. Im Langzeitvergleich seit 2008 steigt der Eigenpersonalstock 2019 insgesamt um 0,2 % während der Gesamtpersonalstock um 1,5 % wächst. Überdurchschnittlich an Eigen- bzw. Gesamtpersonal haben die Betriebe in der NE-Metall, der Fahrzeugindustrie, der Metalltechnischen Industrie oder der Chemischen Industrie aufgebaut. Mit Ausnahme der Bergwerke und Stahl sowie der Stein- und keramischen Industrie ist der Anteil des Fremdpersonals am Gesamtpersonal 2019 höher als 2008.

Mit einem Plus gegenüber dem Vorjahr von 2,5 % beziffert sich der Gesamtwert der Ausfuhren von Waren im Jahr 2019 auf nominell insgesamt 153,8 Mrd. Euro, dies den vorläufigen Ergebnissen der von Statistik Austria zur Verfügung gestellten Au-

ßenhandelsstatistik zufolge. In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden zwischen Jänner und Dezember 2019 insgesamt 2,2 % mehr Waren exportiert (107,2 Mrd. Euro) als im Jahr 2018. Die EU-Mitgliedstaaten sind nach wie vor die wichtigsten Handelspartner der heimischen Unternehmen. Sie decken rund 70 % des österreichischen Außenhandels ab – zu den wichtigsten Playern zählen Deutschland, Italien, Frankreich, Ungarn, die Tschechische Republik, Polen und das Vereinigte Königreich. Auch der Außenhandel mit Drittstaaten verbucht im Vergleich zur Vorjahresperiode bei den Exporten 2019 ein Plus von 3,2 % (46,6 Mrd. Euro), wobei die Vereinigten Staaten hier einer der wesentlichsten Akteure sind.

Allen voran zählen Maschinen und Fahrzeuge auch im Jahr 2019 zu den bedeutendsten Warengruppen im Außenhandel. Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte sind mit 27,6 Mrd. Euro die größte Produktgruppe, die exportiert wird, gefolgt von Zugmaschinen, Kraftfahrzeuge, Traktoren, Motorräder, Fahrräder mit 17,7 Mrd. Euro. Elektrische Maschinen, Apparate und elektrotechnische Waren schlagen den vorläufigen Ergebnissen zufolge mit 14,5 Mrd. Euro zu Buche und Pharmazeutische Erzeugnisse mit 10,2 Mrd. Euro.

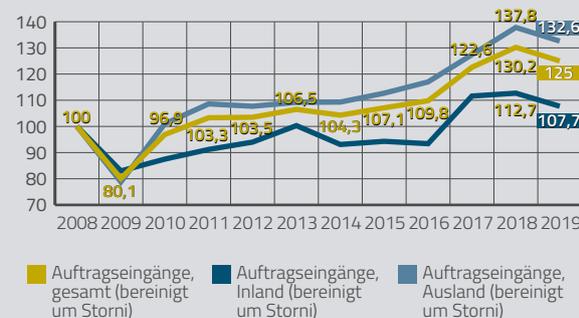
Industrie Österreich – Abgesetzte Produktion

Abgesetzte Produktion in Mrd. Euro



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik Produzierender Bereich, Sonderauswertung Kammersystematik, endgültige Daten bis 2018, vorläufige Daten für 2019

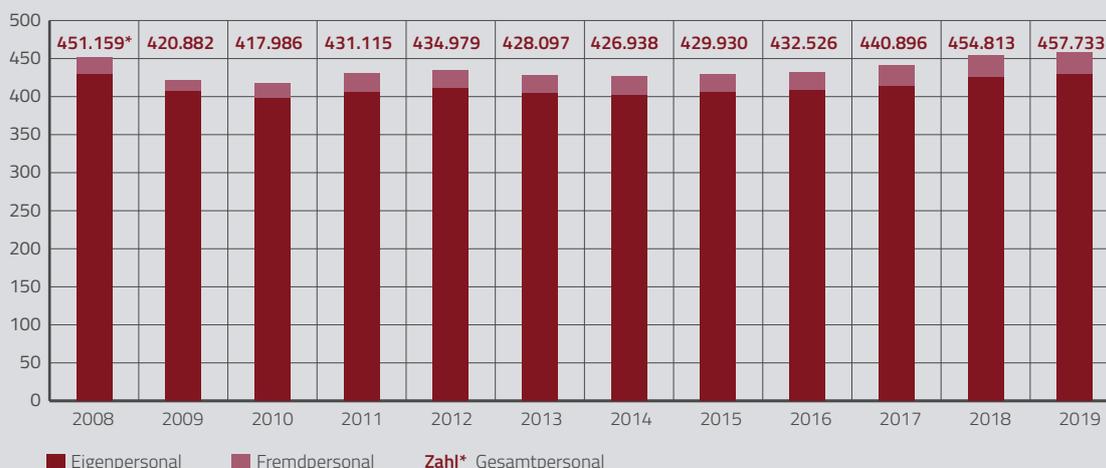
Industrie Österreich – Auftragseingänge (bereinigt)



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik Produzierender Bereich, Sonderauswertung Kammersystematik, endgültige Daten bis 2018, vorläufige Daten für 2019; Zeitlinie mit Index

Industrie Österreich – Besschäftigte

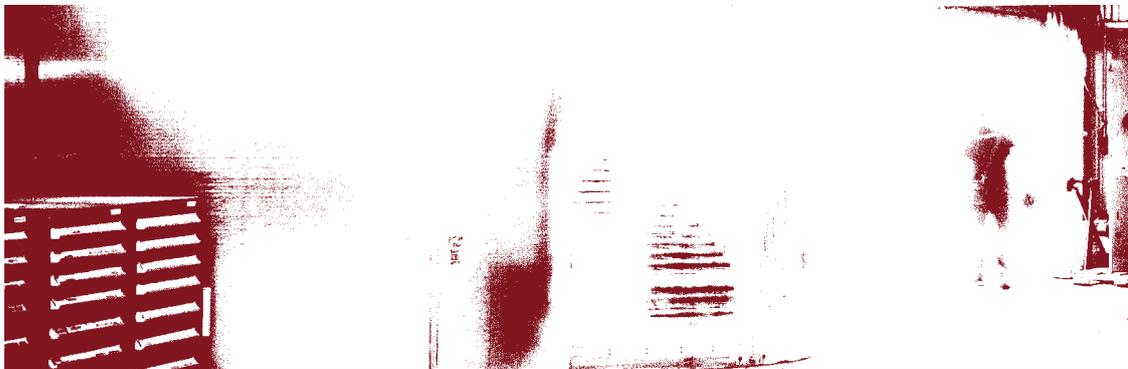
Einheiten absolut in 1.000 (*außer Zahlen des Gesamtpersonals)



Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik Produzierender Bereich, Sonderauswertung Kammersystematik, endgültige Daten bis 2018, vorläufige Daten für 2019

Branchenübersicht

Abschwächung der Wachstumsphase



Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung

4. Quartal 2019	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte ¹⁾		Auftrags- einträge
	4.Q19/4.Q18 in Prozent	Einschätzung 1.Q20/1.Q19	4.Q19/4.Q18 in Prozent	Einschätzung 1.Q20/1.Q19	Einschätzung 1.Q20/1.Q19
Bergwerke und Stahl	-9,6	↓	-1,8	↔	↓
Stein- und keramische Industrie	-0,8	↔	-0,8	↔	↓
Glasindustrie	1,0	↓	2,1	↓	↓
Chemische Industrie	-2,7	*	3,0	*	*
Papierindustrie	-6,9	↓	2,1	↔	↓
PROPAK – Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	-3,9	↔	-0,6	↔	↔
Bauindustrie	9,4	↓	5,4	↔	↓
Holzindustrie	-3,2	↓	1,8	↓	↓
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	5,5	↑	3,1	↔	↑
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	-5,5	*	-6,0	*	*
NE-Metallindustrie	-11,0	↔	2,3	↔	↔
Metalltechnische Industrie	-4,8	↓	-1,5	↔	↓
Fahrzeugindustrie	-3,6	↓	-0,3	↔	↔
Elektro- und Elektronikindustrie	-1,1	↔	6,9	↔	↓
Industrie gesamt	-9,1	↓	1,0	↔	↓

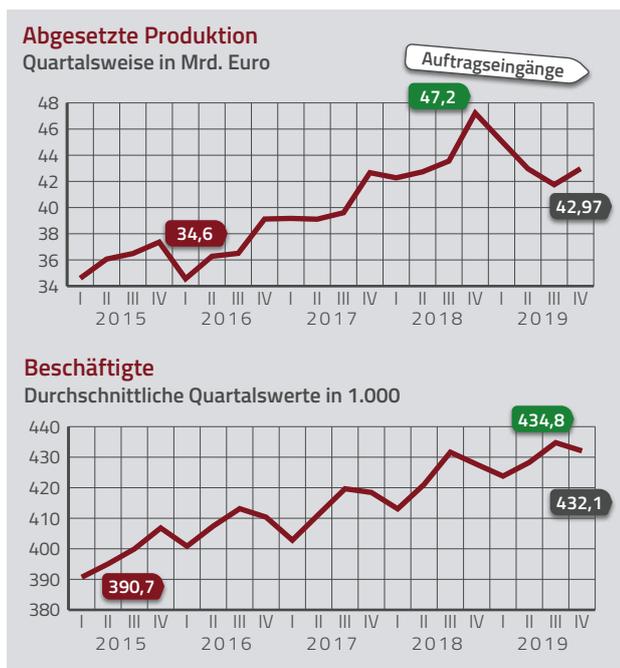
Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammersystematik, Vorläufige Daten 2019 im Vergleich zu den endgültigen Daten 2018; 1) Eigenpersonal; Anm.: * keine Einschätzung vorliegend.

Gesamtindustrie

Die von der Bundessparte Industrie durchgeführten Konjunktureinschätzungen der Industriefachverbände betreffend die Merkmale „Produktion“, „Auftragseingänge“ sowie „Beschäftigte“ zeigen für das 1. Quartal 2020 überwiegend negative, in einzelnen Industriegruppen sogar stark negative Tendenzen, gerade was die Produktion und die Auftragseingänge betrifft (Saldo der abgefragten 12 Fachverbandseinschätzungen).

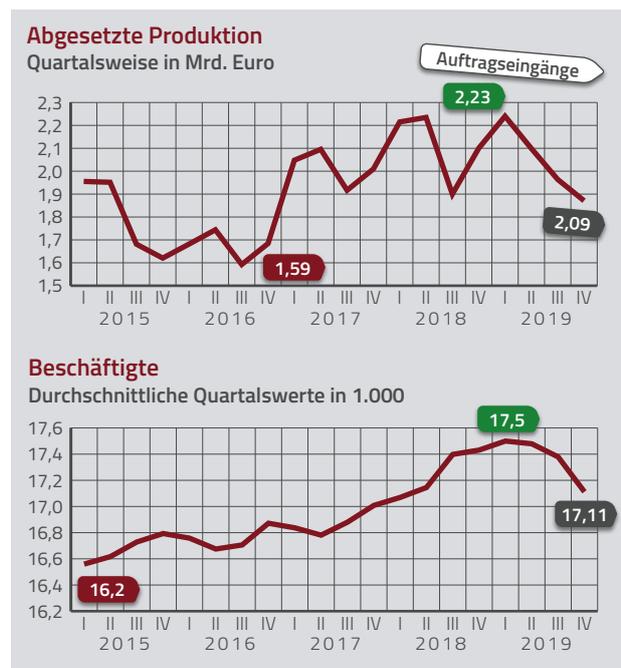
Ein Großteil der Befragten erwartet ein sinkendes Niveau bei der Produktion, teils sogar stark sinkend – letzteres insbesondere in der Metalltechnischen Industrie, der Fahrzeugindustrie oder der Glasindustrie. Das Stimmungsbild ist – mit Ausnahme der Nahrungs- und Genussmittelindustrie – getrübt, was die Produktionserwartungen für das 1. Quartal 2020 betrifft.

Die Einschätzung der Auftragseingänge fällt ähnlich pessimistisch aus wie jene in der Produktion, gerade in der Metalltechnischen Industrie sowie der Glasindustrie. Die Hälfte der diesmal befragten Industriegruppen erwartet eine leicht negative Dynamik. Analog zur Produktion sind die Erwartungen, was die Auftragseingänge im 1. Quartal 2020 betrifft, alleinig in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie positiv, sogar stark positiv.



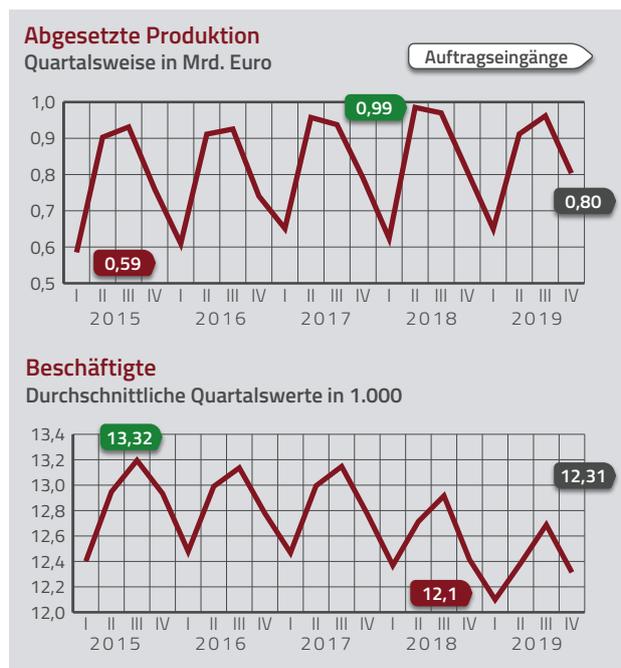
Bergwerke und Stahl

Die im 4. Quartal 2019 vorherrschende Verunsicherung auf den Märkten zieht sich auch 2020 weiter. Die momentane wirtschaftliche Ausnahmesituation verschärft die Lage für die Stahlindustrie noch mehr. Die weltweite Coronaviruskrise schwächt die globale Wirtschaftsleistung und wird auch noch in den nächsten Monaten Auswirkungen zeitigen. Dadurch fallen Nachfragen von wichtigen Abnehmerbereichen weg. Einsparungen, Umsatzeinbußen und Kurzarbeit für Mitarbeiter in Betrieben in ganz Europa sind die Folge. Trotz der stabilen Lage des Bergbaus zu Beginn des 1. Quartal 2020, lassen sich auch hier durch die Krise, Nachfrage- und Produktionsrückgänge wie auch Kurzarbeitsmaßnahmen feststellen. Zum aktuellen Zeitpunkt ist für die Branche schwer einzuschätzen, in welche Richtung sich der Trend in den nächsten Monaten bewegen wird.



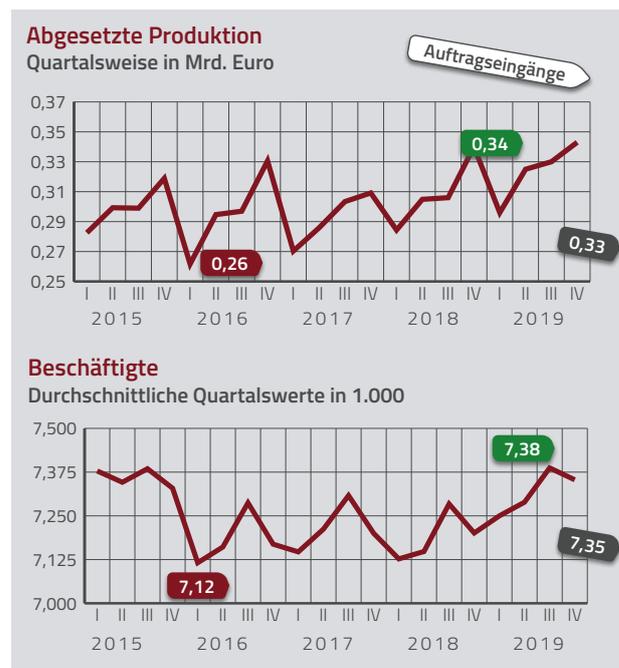
Stein- und keramische Industrie

Nachdem die Monate Jänner und Februar der Jahreszeit entsprechend gut gelaufen sind, ist es Mitte März mit Verkünden der Corona-Maßnahmen durch die Bundesregierung zu Nachfrageeinbrüchen von bis zu 100 Prozent gekommen. Für die Produktion bedeutet das bei einigen Branchen den mehr oder weniger sofortigen Stillstand, während sich andere entschieden haben bis Ende März auf Lager zu produzieren. Ab April ist vorläufig für einige Wochen von einem drastischen Zurückfahren der Produktion auszugehen. Ähnlich ist die Situation bei den Exporten, die im März aufgrund des Einbruchs der Nachfrage und diverser Grenzschießungen fast zum Erliegen gekommen sind. Die aktuelle Marktsituation und die Unsicherheiten über die Dauer der Krise stellen die Unternehmen vor große Herausforderungen. Kostenreduktionen und Umstellungen im Betrieb zu gewährleisten sowie die Weiterbeschäftigung der oft hochspezialisierten Mitarbeiter sicherzustellen sind einige der wichtigsten aktuellen Maßnahmen. Weitere Maßnahmen hängen nicht zuletzt von der Dauer der Krise ab. Alles wird nun davon abhängen wie schnell die Krise überwunden werden kann und ob es gelingt die Konjunktur wieder hochzufahren. ■



Glasindustrie

Bei den Glasbe- und -verarbeitern hat sich die gute Stimmung zunächst durch milde Wintertemperaturen fortgesetzt, doch aufgrund der Corona-Krise muss die Branche nun einen erheblichen Rückgang bei den Gesamtmengen verzeichnen. Die Aufträge müssen zudem mit viel mehr Aufwand abgewickelt werden und Lieferbeschränkungen durch die eingetretenen Grenzkontrollen beeinflussen den Warenverkehr massiv. Ebenso machen sich die Baustellschließungen negativ bemerkbar. In den Bereichen Wirtschaftsglas und Schmuck müssen die Betriebe in einer bereits angespannten Situation mit massiven Umsatzeinbrüchen durch das Coronavirus kämpfen: die Bestellungen der Kunden bleiben vielfach aus. Aufgrund abnehmender Auslastungsgrade werden Produktionen heruntergefahren und es muss in manchen Bereichen sogar auf Notbetrieb umgestellt werden. Unternehmen der Behälterglasindustrie haben nun eine besonders große Verantwortung. Sie zählen – zumindest nach unserer Auffassung grundsätzlich und anlassbezogen – zur kritischen Infrastruktur und den systemerhaltenden Bereichen. Als solche müssen sie trotz Corona weiter produzieren, damit die Belieferung der Pharma-, Getränke- und Lebensmittelindustrie sichergestellt ist. Die Aufrechterhaltung dieser Lieferketten muss weiter gewährleistet sein um die Grundversorgung in Österreich nicht zu gefährden. ■



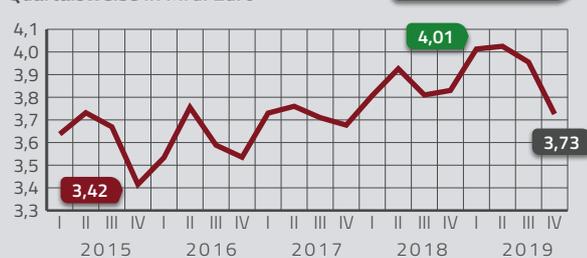
Chemische Industrie

Aufgrund der aktuellen Lage konnte vom Fachverband leider kein Bericht erstellt werden.

Papierindustrie

Zu Jahresbeginn schien sich der schwächere Trend von 2019 fortzusetzen, bis die Corona-Maßnahmen der Regierung im März die Wirtschaft weiter einbremsen. Die Papier-Produktion im 1. Quartal wird deshalb ein deutliches Minus zeigen, auch wenn einzelne Sektoren eine kräftige Nachfrage erleben. Überhaupt zeigt sich in der Krise, dass Produkte aus Papier für das Funktionieren der Gesellschaft wichtig sind: als Toilettenpapier für die Hygiene, als Schachteln für die Lebensmittelversorgung, als Zeitung für die Information der Bevölkerung und in vielen anderen Zusammenhängen. Die Rohstoff-Versorgung und funktionierende Lieferketten müssen also erhalten werden. In einer Phase mit sinkenden Erlösen bei Papier und Zellstoff, gepaart mit einem Export-Minus in einigen Sektoren, geht auch der Gesamtumsatz zurück. Das Preisniveau bei Holz bleibt zu Jahresbeginn weitgehend stabil. Altpapier ist durch eine Import-Drosselung in Fernost tendenziell günstiger, der Durchschnittspreis je Tonne lag zuletzt bei unter 100 Euro. Der Zellstoffpreis der Referenz-Sorte NBSK hingegen fällt, nach dem all-time-High in 2018 von 1.230 auf 820 Dollar. Die Zahl der Beschäftigten stieg zuletzt leicht auf über 8.000 Personen.

Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro



Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



Abgesetzte Produktion
Quartalsweise in Mrd. Euro

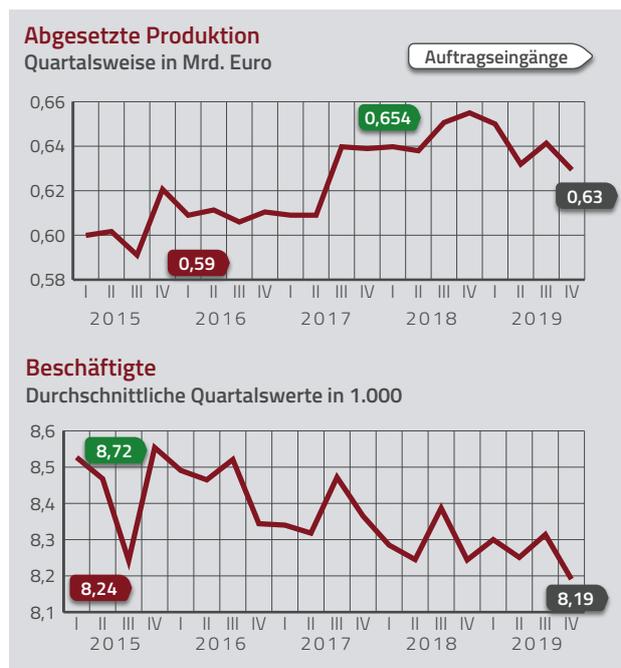


Beschäftigte
Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



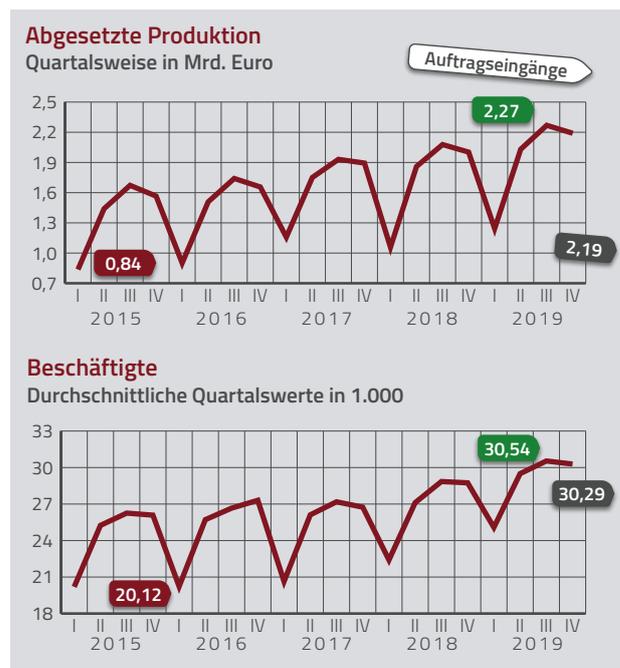
PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Produkte aus Papier und Karton sind unverzichtbar für die Versorgung der Menschen mit den lebensnotwendigen Gütern, insbesondere Lebensmittel, Medikamente, Hygieneartikel und andere Waren des täglichen Bedarfs. Die PROPAK Unternehmen unterstützen mit voller Kraft ihre Kunden entlang der Supply Chain, damit die Versorgungs- und Lieferkette bis zum Konsumenten nicht abreißt. Es muss auch weiter unter Beachtung aller möglichen Sicherheits- und Hygienemaßnahmen zum Schutz der Beschäftigten produziert werden können, um die Versorgung im Land aufrechtzuerhalten. Es geht in erster Linie um die Gesundheit der Mitarbeiter in den Betrieben, in weiterer Folge um die Funktionsfähigkeit der systemerhaltenden Produktion inklusive der Sicherung der Standorte und Arbeitsplätze. Dazu wurde mit dem Sozialpartner eine Branchenlösung vereinbart, mit der die Unternehmen, die im Laufe zumindest dieses Jahre zu erwartenden extremen Swings bewältigen und Beschäftigungsverhältnisse aufrecht halten können. Die Vereinbarung ermöglicht temporär Lösungen auf der betrieblichen Ebene, mit denen auf die Volatilität im Auftragseingang durch flexible Arbeitszeitgestaltung reagiert werden kann. ■



Bauindustrie

Mit den Einschnitten aufgrund der Maßnahmen gegen die Coronavirus-Epidemie hat sich die Entwicklung in der österreichischen Bauwirtschaft bedeutend verändert. Aufgrund der erforderlichen Reduktion sozialer Begegnungen wurde eine geordnete Bautätigkeit ab Mitte März weitgehend unterbunden. Viele Bauunternehmen und Auftraggeber haben mangels ausreichender Rechtssicherheit Baustellen vorübergehend stillgelegt. Insgesamt war in diesem Zeitraum nur etwa die Hälfte der Beschäftigungskapazität im Einsatz. Mittlerweile wurden im Rahmen einer Sozialpartnereinbarung Detailmaßnahmen über erforderliche Schutzmaßnahmen für die Fortführung des Baubetriebs verhandelt. Aufgrund der nunmehr massiv eingeschränkten Produktionskapazitäten und Lieferverfügbarkeiten, ist mit einem spürbaren Anziehen der Beschaffungskosten für Hauptbaustoffe zu rechnen. Bis Februar waren die Arbeitslosenzahlen im gesamten Hoch- und Tiefbau im 1. Quartal 2019 noch weiterhin rückläufig. Saisonbedingt sind die Veränderungen in den Wintermonaten allerdings von etwas geringerer Aussagekraft. Mit Beginn der Corona-Maßnahmen sind die Arbeitslosenzahlen gegen Ende des Quartals aufgrund der stark rückläufigen Produktion angestiegen. Die vielfach angewendeten Kurzarbeits-Modelle haben den Anstieg allerdings gedämpft. ■



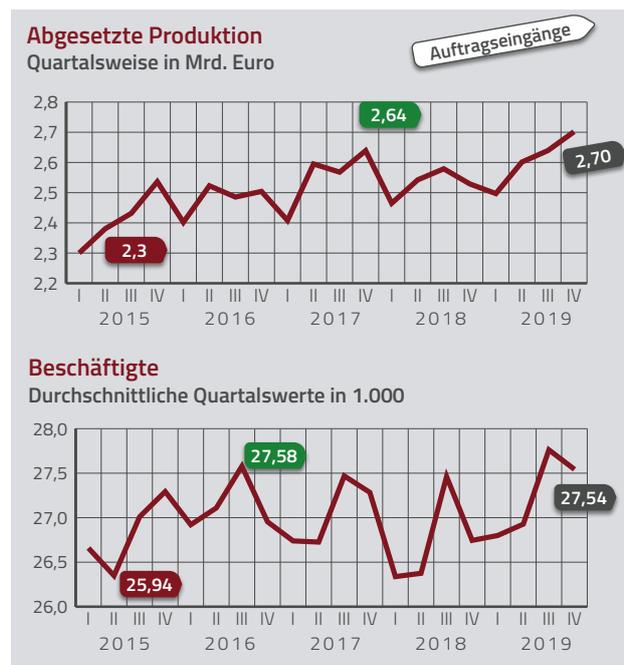
Holzindustrie

Bereits im Jänner sind auf Grund der Betroffenheit von COVID-19 die Aufträge aus Asien ausgeblieben, im März ist zusätzlich die Auftragslage in manchen Sortimenten aus Italien total eingebrochen. Kurzfristig konnten gewisse Vorzieheffekte aus Italien die Auftragslage wieder verbessern. Im März ging die Auftragslage für alle Bereiche der Holzindustrie noch weiter zurück. Bei der Produktion war in manchen Bereichen der Holzindustrie bereits Anfang März eine deutliche Abflachung festzustellen. In anderen Branchen der Holzindustrie lief die Produktion bis Mitte März auf hohem Niveau zufriedenstellend. Doch ein Abschwung aller Bereiche wird für die nächsten Monate erwartet. Die Exporte sind bereits ab Februar leicht zurückgegangen und werden sich im März noch weiter verschlechtern. Insgesamt verläuft das 1. Quartal 2020 im Vergleich zu 2019 auf einem niedrigeren Niveau. Die Beschäftigtenzahlen in der Holzindustrie sind derzeit noch leicht rückläufig, aber für die nächsten Monate wird ein weiterer Rückgang zu erwarten sein, beziehungsweise die Kurzarbeit weiter ansteigen. Die einzig mögliche Strategie ist zurzeit die Absicherung der Standorte sowie das Überleben in dieser Krise zu bewerkstelligen. ■



Lebensmittelindustrie

Das 1. Quartal 2020 stand ganz im Zeichen der Coronavirus-Krise: Viele Unternehmen der Lebensmittelindustrie arbeiten seit Krisenbeginn auf Hochtouren, um sichere Lebensmittel, Getränke, aber auch Heimtierfuttermittel in ausreichender Menge und in der gewohnten Qualität zur Verfügung zu stellen. Die starken Zuwächse von Einkäufen in Produktgruppen mit langer Haltbarkeit wie z. B. Mehl, Zucker, Teigwaren und Fertigprodukte sind aber sogenannte „Vorzieh-Käufe“. In einzelnen Produktgruppen wird derzeit ein Vielfaches jener Mengen abgesetzt als zu dieser Jahreszeit üblich. Vor allem auch deswegen, weil andere Versorgungseinrichtungen wie Restaurants und Kantinen aktuell nicht zur Verfügung stehen. Doch die Corona-Krise bringt auch viele Herausforderungen für die Lebensmittelindustrie. Das reicht von Lieferengpässen bei Rohstoffen, geht über Verzögerungen in der Lieferlogistik bis hin zu Ausfällen systemrelevanter Partnerunternehmen. Die Krise bedeutet aber auch Umsatzeinbußen für viele Unternehmen der Lebensmittelindustrie durch den Wegfall des Tourismus sowie des Totalausfalls der Bestellungen durch behördlich geschlossene Gastronomie- und Hotelbetriebe sowie Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung. ■



Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

Aufgrund der aktuellen Lage konnte vom Fachverband leider kein Bericht erstellt werden.

NE-Metallindustrie

Die Aluminiumindustrie startete ins 1. Quartal 2020 durchaus stabil. Doch der plötzliche Ausbruch des Coronavirus zuerst in China und dann die weltweite Verbreitung wirkt sich nun sehr negativ auf die globale Wirtschaftsleistung aus. Viele Unternehmen in den Abnehmerbranchen der heimischen NE-Metallindustrie, wie der Automotivbereich, stellten vorübergehend den Betrieb ein und das wirkt sich nun auch auf die Zulieferindustrie aus. Gegen Ende des 1. Quartals ist ein deutlicher Rückgang in der Produktion und im Umsatz gegenüber dem Vorjahr zu erkennen. In der österreichischen Kupferindustrie bleibt die Produktion von Kupferformaten aus Kupferkathoden sowie den Kupferhalbfabrikaten (copper semis) trotz Krise aber noch stabil. Aber in den nächsten Monaten werden logistische Probleme mit negativen Auswirkungen auf die heimischen Unternehmen erwartet.



Metalltechnische Industrie

Das 1. Quartal 2020 ist gekennzeichnet von zwei verschiedenen Welten: die erste Phase dauerte bis Anfang März. In diesem Zeitraum stellt sich bereits leichtes Wachstum ein, die Unternehmen meldeten eine leichte Verbesserung bei den Aufträgen. Auch hier war aber sektoral ein großer Unterschied festzustellen. Alle Unternehmen, die in der automotiven Zulieferung tätig sind, haben den Ausbruch des Coronavirus in China deutlich gespürt. Einerseits an der rückläufigen Nachfrage in China (-80% im Februar), andererseits an den weitreichenden Fabriksschließungen. Über die Gesamtbranche gab es eine in etwa gleichbleibende Entwicklung mit Aufwärtstendenz. Die Verbreitung des Virus in Europa hat aber die Produktion und die Auftragslage völlig einbrechen lassen. Der März wird das 1. Quartal tief ins Minus rutschen lassen. Aufgrund der Beschränkungen im Güterverkehr (Grenzstaus, Häfen) sind die Exporte noch stärker betroffen als der Binnenhandel. Es handelt sich also um einen Einbruch sowohl auf der Nachfrageseite, als auch auf der Angebotsseite. Kostenseitig versuchen die Unternehmen großflächig mit den neuen Kurzarbeitsregelungen Kündigungen zu vermeiden, noch lässt sich aber die Auswirkung auf die Beschäftigungssituation kaum abschätzen.



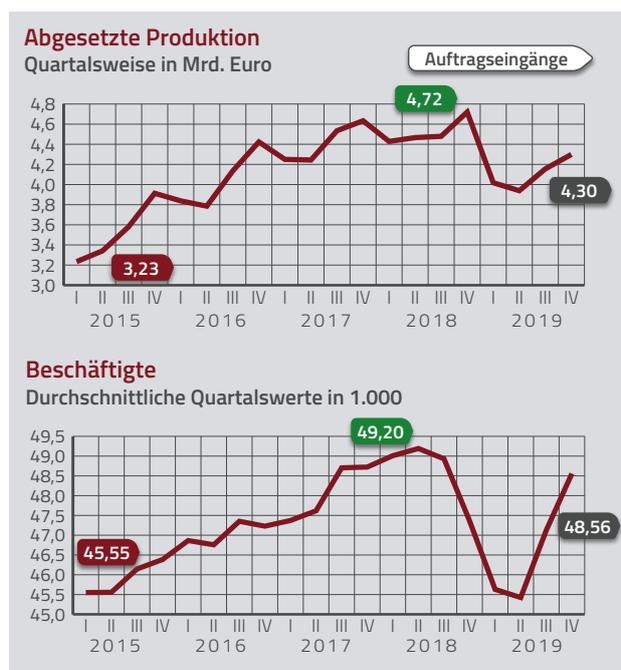
Fahrzeugindustrie

In der Fahrzeugindustrie zeigt sich für das 1. Quartal 2020 eine Abflachung des Produktionsvolumenwachstums (+/- 0%; vgl. zum 1. Quartal 2019) nach einem im Durchschnitt starken Anstieg im Jahr 2019 (+10%). Doch die Corona-Pandemie trifft auch die Fahrzeugindustrie hart. Es kommt vermehrt zu Lieferengpässen bei Materialien und einem immer stärker spürbaren Absatzrückgang bei Fahrzeugen. Hinzu kommt, dass es durch die von der österreichischen Bundesregierung beschlossenen behördlichen Maßnahmen bei einer Vielzahl von Unternehmen, die in der österreichischen Fahrzeugindustrie tätig sind, zu einer längeren Produktionspause kam. Dadurch sinkt auch das rechnerische Produktionsvolumen der Fahrzeugindustrie im 1. Quartal 2020 um rund 20 Prozent. Die Überbrückung der Produktionspause erfolgt bei den Mitarbeitern mithilfe von Betriebsurlauben in Kombination mit Kurzarbeitszeit. So konnte der Beschäftigungsrückgang in der Fahrzeugindustrie mit nur drei Prozent in Summe gering gehalten werden.



Elektro- und Elektronikindustrie

Die mäßige Entwicklung der Weltwirtschaft gemeinsam mit einem verlangsamten Wachstum im EU-Raum wirken sich weiterhin auf die Konjunkturlage der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie aus. Mit Mitte März 2020 traten darüber hinaus die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung von COVID-19 in Kraft. Die Einschätzung bezieht sich daher auf den Zeitraum vor dem Ausbruch von COVID-19. Die Produktion im 1. Quartal 2020 zeigt gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine weitere Abschwächung. Wichtige Produktionszweige wie Motoren, Generatoren, Transformatoren und Mess-, Kontroll-, Prüftechnik konnten ihr Produktionsergebnis weiterhin ausbauen. Andere Sparten verzeichneten indes Produktionsrückgänge. Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum 2019 wurden die hohen Auftragsbestände stark abgebaut, während bei den Auftragseingängen im 1. Quartal bisher nur leichte Rückgänge zu bemerken sind. Auch die Exportnachfrage nach Gütern der Elektro- und Elektronikindustrie ist im 1. Quartal geringfügig gesunken. Der asiatische Markt verzeichnet nach wie vor kleine Zuwächse. Die Kapazitätsauslastung in den Firmen ist weiterhin stabil. Angesichts der noch nicht abschätzbaren Folgen der Corona-Krise, geht die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie mit einer weiter abgeschwächten wirtschaftlichen Entwicklung im 2. Quartal 2020 aus. ■



Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831

Unternehmensgegenstand:

Wirtschaftsforschungsinstitut

Vorstand: Vorsitzender:

Hon.-Prof. Dr. Wilfried Stadler

Stellvertreter: Gen.-Sekr. Karlheinz Kopf,

Gen.-Sekr. Mag. Christoph Neumayer

Mitglieder: Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst,

DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold,

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Geschäftsführer:

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Blattlinie:

Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

Impressum

Herausgeber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63,

Tel.: +43 5 909 00-34 17, E-Mail: bsi@wko.at

Industriellenvereinigung,

A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4

Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail: iv.office@iv-net.at

Medieninhaber: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Projektleitung & Redaktion:

Stephan Scoppetta (Chefredakteur),

Herta Scheidinger (Chefin vom Dienst)

www.feuerifer.at

Design, Satz und Layout: Christian Huttar,

www.floorfour.at

Coverbild: Elliot Alderson/Pixabay

Bilder: So nicht anders angeführt, wurde das Bildmaterial beige stellt.

Autoren: Mag. Sigi Menz, Mag. Andreas Märk,

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider,

DI Oliver Dworak, Helene Tuma

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Auskunft und Bestellung: Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH,

A- 2540 Bad Vöslau

Erscheinung: vierteljährlich

ISSN: 1023-8387

